



Wochenpiegel

Evangelischer
Pressedienst

AUSGABE OST

Berlin | 29. Dezember 2014 | **NR. 1**

Kirchen

21.000 Menschen bei Vesper vor der Dresdner Frauenkirche

Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) und der evangelische Landesbischof Jochen Bohl haben zur Solidarität mit Flüchtlingen aufgerufen.

Seite_2

Kirchen rufen zu Solidarität mit Flüchtlingen auf

Die Kirchen in Ostdeutschland haben am Weihnachtsfest zu mehr Solidarität mit Zuwanderern und Flüchtlingen aufgerufen.

Seite_2

Soziales

Experte: Keine Hinweise für Stellenabbau durch Mindestlohn

Das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit erwartet keinen gravierenden Personalabbau wegen des gesetzlichen Mindestlohns.

Seite_12

Online-Beratung für suizidgefährdete Jugendliche sucht Freiwillige

Der Berliner Caritasverband sucht ehrenamtliche Berater für seine Online-Beratung "[U25] Berlin" für junge Menschen mit Suizidgefährdung und in Krisen.

Seite_13

Gesellschaft

17.500 »Pegida«-Anhänger vor Dresdner Semperoper

In Dresden sind am Montag rund 17.500 Anhänger der islamfeindlichen "Pegida"-Bewegung auf die Straße gegangen.

Seite_17

Gauck lobt Engagement für Flüchtlinge

Politik und Kirchen werben an Weihnachten für ein weltoffenes Deutschland und wenden sich angesichts der "Pegida"-Demonstrationen gegen Fremdenfeindlichkeit und Abschottung vor Flüchtlingen.

Seite_22

Ostbeauftragte Gleicke: Unternehmen müssen sich an Bürgerbündnissen gegen Rechtsextremismus beteiligen

Die Ostbeauftragte Iris Gleicke dringt auf ein stärkeres Engagement der Wirtschaft gegen Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit.

Seite_23

Umwelt

BUND: 2014 war Jahr umweltpolitischer Rückschritte

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) stellt der Bundesregierung in der Umweltpolitik ein schlechtes Zeugnis aus.

Seite_33

Kultur

Zwischen Erbauung und Propaganda

Thüringen begeht 2015 das Themenjahr "Bild und Botschaft" mit hochkarätigen Cranach-Ausstellungen.

Seite_34

Impressum

Seite_43

21.000 Menschen bei Vesper vor der Dresdner Frauenkirche

KIRCHEN

Dresden (epd). Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) und der evangelische Landesbischof Jochen Bohl haben zur Solidarität mit Flüchtlingen aufgerufen. Bei der 22. Vesper vor der Frauenkirche in Dresden, bei der sich am Abend unter freiem Himmel nach Veranstalterangaben rund 21.000 Menschen versammelten, forderte Bischof Bohl Respekt vor anderen Religionen und Kulturen. Zugleich appellierte der Bischof an die asyl- und islamkritischen »Pegida«-Demonstranten, in einen Dialog einzutreten.

Tillich erinnerte an die Hilfe und Solidarität beim Neuanfang nach dem Mauerfall und der deutschen Wiedervereinigung. »Heute ist es an uns, Solidarität zu üben. Teilen wir unsere Freiheit und unseren Wohlstand mit denen, die Unfreiheit und Krieg entfliehen«, sagte der Regierungschef.

Die alljährliche Weihnachtliche Vesper vor der Dresdner Frauenkirche gilt als der größte regelmäßige Open-Air-Gottesdienst in Deutschland. Sie findet jeweils am 23. Dezember statt. 2013 kamen rund 20.000 Menschen zur Feier auf den Dresdner Neumarkt.

»Ohne Gespräch kann das Zusammenleben nicht gelingen und für unsere Stadt hoffe ich, dass wir im neuen Jahr einen Weg finden, miteinander zu reden«, sagte Bohl mit Blick auf die Verweigerung von »Pegida« zum Dialog. »Nach der Demonstration muss der Dialog kommen«, fügte er hinzu und bekam dafür spontan Beifall. Auch sein Amtskollege im Bistum Dresden-Meißen, Bischof Heiner Koch, mahnte Gespräche an. Derzeit sehe er bei »Pegida«

dafür keine Bereitschaft, dagegen »eine totale Blockade«, sagte Koch bei SWRInfo.

In Sachsen könne »nicht im Entferntesten die Rede davon sein, die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft sei überfordert«, sagte Bohl in seiner Predigt bei der Vesper. »Wer anderes sagt, wie bei 'Pegida' zu hören, schürt Ängste, für die es keinen realen Grund gibt.«

Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) forderte die Zuhörer auf, die christliche Jahreslosung für 2015 als tatsächliche Aufgabe zu verstehen: »Nehmt einander an, wie Christus euch angenommen hat zu Gottes Lob«. Die gelte »nicht nur zu Weihnachten, sondern Tag für Tag«.

Bohl rief zur Barmherzigkeit untereinander auf. Sie sei eine Tugend und »Ausdruck einer persönlichen Haltung und «spricht von der Menschlichkeit eines Menschen». Jeder könne unterschiedlicher Meinung sein, welche Regeln der Einwanderung in unserem Land gelten sollen. Worüber aber nicht gestritten werden kann, sei »die Verpflichtung des Staates zu Humanität, sie ist sein tragender Grund«, sagte Bohl. Und dazu gehöre die Aufnahme von Flüchtlingen.

Musikalisch wurde die Vesper vor der Frauenkirche vom Dresdner Motettenchor, dem Blechbläserensemble Ludwig Güttler sowie von den Vereinigten Posaunenchor der Sächsischen Posaunenmission und Solisten gestaltet. Die Weihnachtliche Vesper fand erstmals 1993 vor dem kurz zuvor aus den Trümmern freigelegten Altar der Frauenkirche statt. Seitdem zählten die Organisatoren insgesamt mehr als 415.000 Besucher.

Kirchen rufen zu Solidarität mit Flüchtlingen auf

Berlin (epd). Die Kirchen in Ostdeutschland haben am Weihnachtsfest zu mehr Solidarität mit Zuwanderern und Flüchtlingen aufgerufen. »Unser Land braucht Zuwanderung, um zukunftsfähig zu werden«, sagte der Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Markus Dröge, in seiner Weihnachtspredigt im Berliner Dom. Dröge rief zugleich zur Verteidigung christlicher Werte auf. Dazu gehörten die Würde jedes einzelnen Menschen, der Schutz der Schwachen und Hilfe für die, die in Not seien, betonte der Bischof.

Der katholische Dresdner Bischof Heiner Koch betonte, Heimat entstehe überall dort, wo Menschen einander beistehen und aufeinander zugehen. Diese Heimat werde jedoch zerfallen, »wenn wir die Türen schließen und die, die draußen stehen, in fremde Ställe weiterschicken«,

sagte Koch am Heiligabend in der Dresdner Hofkirche. Ohne Migranten und Asylbewerber, die nach Deutschland kommen, »wären wir ärmer, würden wir heimatloser«.

Auch Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) und Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU), der evangelische sächsische Bischof Jochen Bohl und der katholische Magdeburger Bischof Gerhard Feige riefen zur Unterstützung von Flüchtlingen auf. Vor allem Flüchtlingen und Schwachen müsse »im Geist der Nächstenliebe« begegnet werden, betonte Bohl bei der traditionellen Christvesper vor der Dresdner Frauenkirche am Tag vor Heiligabend.

Der evangelische anhaltische Kirchenpräsident Joachim Liebig betonte in seinem Weihnachtswort, wer allen Flüchtlingen unterstelle, sie seien potenzielle Drogen-

händler und Schwerverbrecher, missachte die Tatsache, dass Jesus von Nazareth sofort nach seiner Geburt zum Flüchtling geworden sei. Wer gegen die Islamisierung Europas antrete und sich auf Kundgebungen nahezu ausschließlich mit Flüchtlingen beschäftige, zeige so, »wes Geistes Kind er ist«, sagte Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) der in Berlin erscheinenden Zeitung »Die Welt« (Online-Ausgabe vom Donnerstag) mit Blick auf die islamfeindlichen »Pegida«-Demonstrationen: »Für Dumpfbackenparolen, Intoleranz und Gewalttätigkeit gibt es kein Verständnis.« Der Bundesratspräsident rief zugleich dazu auf, den Demonstranten das Gespräch anzubieten und klare Antworten zu geben. »Wir müssen ihnen die Furcht vor Islamisierung nehmen, aber auch verdeutlichen: Wer hier Stimmung macht, gefährdet den gesellschaftlichen Frieden«, betonte Bouffier. Auch Baden-

Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und Vertreter der Kirchen riefen zum Dialog mit »Pegida«-Anhängern auf.

Der Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, warnte vor einem Zusammenbruch der Rentenkassen ohne weitere Zuwanderung. Vor allem der Renteneintritt der sogenannten Babyboomer stelle Deutschland in den kommenden Jahren vor massive Herausforderungen, sagte der Ökonom der Online-Ausgabe des Magazins »Focus« am Freitag: »Um das durch Migration aufzufangen, wären 32 Millionen Menschen nötig.«

Deutschland werde gut ausgebildete Migranten brauchen, die helfen, die Renten zu finanzieren, sagte Sinn. Dennoch sei eine »Lösung in dem Sinne, dass es uns dann so gut geht wie heute«, nicht vorstellbar. Er plädierte deshalb dafür, das gesetzliche Rentenalter abzuschaffen.

Bischof Bohl: Runder Tisch zu Asylfragen ist sinnvoll

Dresden (epd). Der sächsische evangelische Bischof Jochen Bohl ruft dazu auf, die Feiertage zur Entschleunigung zu nutzen. »Wir haben uns einen Rhythmus angewöhnt, der von solchen Aufgeregtheiten bestimmt ist, dass es mit der Orientierung darüber schon schwierig werden kann«, sagte Bohl dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Dresden.

Die Weihnachtszeit und die Tage zwischen den Jahren »sollte jeder benutzen, um etwas nachzudenken und sich zu überlegen, wie man das Tempo etwas reduzieren kann«, sagte der Bischof. »Wir leben einfach zu schnell und zu anstrengend«. Dagegen sei in der Bibel immer wieder zu lesen, »dass es eine gewisse Ruhe braucht, um das Wesentliche vom Unwesentlichen zu unterscheiden«, sagte Bohl. Dankenswerterweise gebe es viele meditative und spirituelle Angebote, die sich großer Nachfrage erfreuten. »Ich kann nur dazu ermutigen, diese geistlichen Übungen für sich selbst zu entdecken«, sagte Bohl.

Mit Blick auf ausländerfeindliche und islamkritische Äußerungen von »Pegida« rief der Bischof nochmals zum

Dialog auf. »Ich hoffe, dass es gelingt, im neuen Jahr ins Gespräch zu kommen«, sagte Bohl. »Für uns als Kirche ist es selbstverständlich, dass wir dazu bereit sind und wir können uns auch vorstellen, Angebote zu unterbreiten. Er »könne nur hoffen, dass die dann auch angenommen werden«.

Die Fragen, wie der Staat seine Asyl- und Einwanderungspolitik gestalten soll, seien wichtige Fragen und darüber müsse geredet werden, sagte Bohl. Er selbst könne sich vorstellen, dass ein Forum für die Bürgergesellschaft nach Art des »Runden Tisches« sinnvoll wäre. »Sicherlich würde die Landeskirche sich daran beteiligen«, sagte Bohl. In Bezug auf asyl- und islamkritische Äußerungen von »Pegida« müssten »Christen das Notwendige sagen, und in einer Weise, dass es auch gehört wird und Orientierung gibt«, sagte der Bischof. Auch vor dem Hintergrund der Konflikte weltweit komme Kirche eine wichtige Funktion zu. *epd-Gespräch: Katharina Rögner*

Dresdner Bischof Koch: Fremde werden uns zur Heimat

Dresden (epd). Der Dresdner katholische Bischof Heiner Koch hat die Sachsen zu mehr Mitmenschlichkeit und Solidarität mit Einwanderern aufgerufen. Die Menschen sollten »füreinander eine Herberge« sein und so das Weihnachtswunder heute erleben, sagte Koch am Mittwoch in seiner Predigt in der Dresdner Hofkirche.

Eine »fremde Familie, die wir aufnehmen, wird uns selbst zur Heimat«, Heimat sei »nicht ortsgebunden, sie wächst immer mehr dort, wo Menschen aufeinander zugehen und einander annehmen«, fügte er hinzu. Koch betonte: »Weihnachten schauen wir auf eine heimatlose Familie.« An diesen Schmerz des Heimatverlustes und

an die Angst vor der Heimatlosigkeit werde er erinnert, wenn er in diesen Tagen an Flüchtlinge etwa aus dem Irak denke. Die »tiefe Sehnsucht des Menschen nach Heimat« präge aber auch die Anhänger des »Pegida«-Bündnisses, sagte Koch weiter. Sie blickten angstvoll auf vermeintliche drohende Heimatlosigkeit durch eine von ihnen befürchtete Überfremdung und Bürokratisierung.

»Ich bin sicher, auch bei uns in Sachsen wird die Heimat wachsen, wenn wir sie einander schenken, und sie wird zerfallen, wenn wir die Türen schließen und die, die draußen stehen, in fremde Ställe weiterschicken«, sagte Koch weiter. Er sei überzeugt, ohne die Migranten und Asylbewerber, die nach Deutschland kommen, »wären wir ärmer, würden wir heimatloser«, sagte Koch.

KIRCHEN

Flüchtlinge: Kirche schlägt in Berlin runden Tisch vor

Berlin (epd). Die evangelische Kirche in Berlin schlägt wegen der Unterbringung und Betreuung von ehemaligen Oranienplatz-Flüchtlingen einen runden Tisch mit sozialen Trägern, Bezirken und Senatsverwaltungen vor. »Wir sind nicht dafür, dass Gesetze umgangen, aber dass Spielräume genutzt werden«, sagte der Berliner Bischof Markus Dröge der »Berliner Zeitung« (Dienstagsausgabe). Im evangelischen Kirchenkreis Stadtmitte werden derzeit noch fast 100 Flüchtlinge in Kirchengemeinden betreut. Dröge plädierte dafür, ein gemeinsames Konzept zu

erarbeiten, »denn die Flüchtlingszahlen werden weiter steigen«. Die Verwaltung habe sich für die Betroffenen für nicht mehr zuständig erklärt, »aber die Menschen sind trotzdem da«. Berlin habe die protestierenden Flüchtlinge vom Oranienplatz zwei Jahre lang geduldet. Damit habe sich die Stadt faktisch zuständig gemacht »und deswegen muss das Land jetzt auch für eine Lösung sorgen«, sagte Dröge. Dabei sagte der Bischof die Unterstützung der evangelische Kirche zu.

Bischof Feige mahnt Engagement für Flüchtlinge an

Magdeburg (epd). Der Magdeburger katholische Bischof Gerhard Feige hat zum Weihnachtsfest mehr Engagement für Flüchtlinge angemahnt. Alle, die noch zögern, sollten sich nach ihren Kräften und Möglichkeiten für jene einzusetzen, »die als Flüchtlinge an unsere Tür klopfen«, sagte Feige am Dienstag in der Elbestadt. Die Einheimischen könnten etwa auf die Politik Einfluss nehmen oder Organisationen der Migrationshilfe unterstützen. Auch biete sich an, sich ganz konkret einem Menschen zuzuwenden, der nach Vertreibung und Flucht eine neue Heimat und Geborgenheit sucht.

Feige lobte zugleich das Engagement für Flüchtlinge, das er derzeit in vielen Einrichtungen und Kirchengemeinden des Bistums erlebe. Für solche Zeichen des Willkommens sei er sehr dankbar. Unverständnis äußerte der Bischof dagegen für die islamfeindlichen »Pegida«-Proteste und Aktionen von ähnlichen Gruppen. Dort wolle man christliche Werte verteidigen, »zu denen doch ganz

wesentlich Respekt, Nächstenliebe und Barmherzigkeit gehören«.

Stattdessen schürten die Proteste Misstrauen und Angst, kritisierte Feige. Zudem würden Ausländer zu unerwünschten Personen erklärt oder sogar bedroht. Im Zentrum des Weihnachtsfestes stehe jedoch die Liebe Jesu Christi gerade zu den Armen, Bedürftigen und Notleidenden. Wer sich auf christliche Werte beruft, sei aufgefordert, »diejenigen, die zu uns kommen, nicht als Fremde zu betrachten, sondern als unsere Schwestern und Brüder«.

Angst vor einer sogenannten Islamisierung der Bundesrepublik nannte Feige irrational. Die Zuwanderer, denen Deutschland in diesem Jahr Schutz biete, machten nur etwa 0,3 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Im kleinen Libanon dagegen würden die 1,1 Millionen syrischen Flüchtlinge inzwischen ein Viertel der ganzen Bevölkerung bilden.

Weihbischof ermutigt zu praktischer Hilfe für Flüchtlinge

Berlin (epd). Berlins katholischer Weihbischof Matthias Heinrich hat zu praktischer Solidarität mit Flüchtlingen aufgerufen. Viele Menschen in Deutschland fühlten »eine große Hilflosigkeit angesichts der großen Not im Nahen Osten. Aber wir sind nicht völlig hilflos«, sagte Heinrich am Samstag in seinem Bischofswort im RBB. Es gebe viele Möglichkeiten, in Deutschland lebende Flüchtlingen zu unterstützen, etwa wenn Nachbarn in einem Wohngebiet den Neuankommelingen mit Kleidern und Spielsachen helfen, mit ihnen gemeinsam kochen oder mit den Kindern spie-

len. »So helfen sie mit zu einer Kultur des Willkommens«, sagte der Weihbischof.

Zugleich betonte er, dass die Gewalt, die etwa vom islamischen Terror ausgehe, »alle Grenzen übersteigt und Katastrophen von historischem Ausmaß heraufbeschwört.« Im Irak drohe die vormals reiche christliche Kultur »völlig ausgelöscht zu werden«. Auch in Syrien sehe es nicht besser aus. »Millionen sind auf der Flucht, nur die wenigsten können darauf hoffen, bei uns in Europa Aufnahme zu finden«, sagte Heinrich.

Kirchenvertreter verteidigen CSU-Vorstoß zum Deutschsprechen in Migrantenfamilien

Berlin (epd). Kirchenvertreter verteidigen die umstrittene Idee der CSU, dass Migranten zu Hause Deutsch sprechen sollten. »Ein Einwanderungsland zu sein bedeutet auch, dass man von den Zuwanderern eine Integrationsleistung verlangt. An erster Stelle sollte das Erlernen der deutschen Sprache stehen, da davon alle profitieren«, schreibt Gert G. Wagner, Vorstandsmitglied des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und Mitglied der »Sozialkammer« der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), in einem gemeinsamen Gastbeitrag mit dem Berliner Pfarrer der katholischen »Maria unter dem Kreuz«-Gemeinde Frank-M. Scheele, im Berliner »Tagesspiegel« (Sonntagsausgabe). »Insofern hatte der Gedanke der CSU, dass alle Zuwanderer auch zuhause deutsch sprechen sollten, als Impuls für dieses Anliegen etwas Gutes«, heißt es darin weiter.

In ihrem Beitrag fordern beide zugleich eine besser durchdachte Flüchtlingspolitik: »Wenn Deutschland so

schlecht vorbereitet und organisiert ist, dass Flüchtlinge nicht ordentlich untergebracht werden können, sondern in Tragflughallen und lange Zeit in Containern leben müssen, um die herum es keine ordentliche Infrastruktur gibt, dann ist das für unsere reiche Gesellschaft nicht nur eine Schande, sondern produziert auch auf beiden Seiten Probleme.« Es wäre demnach »vernünftig, wenn versucht würde, möglichst gut kulturell zusammenpassende Flüchtlinge und Alt-Anwohner zusammenzubringen«, heißt es weiter. Flüchtlingsheime gehörten »auch in sogenannte bessere Wohngegenden«.

Alle Verantwortlichen in Politik und auch bei den Kirchen sollten »die Sorgen in Teilen der Bevölkerung ernst nehmen und nicht pauschal als Rassismus oder Islam- und Fremdenfeindlichkeit abtun.« Risiken und Chancen einer offenen Einwanderungspolitik müssten klar benannt werden, fordern Wagner und Scheele in ihrem Beitrag.

Bistum Dresden-Meißen Mehr Geld für Flüchtlinge

Dresden (epd). Das Bistum Dresden-Meißen erhöht seinen Fonds für Migranten und Flüchtlinge um 50.000 Euro. Damit stünden insgesamt 100.000 Euro für die Ersthilfe von Betroffenen bereit, teilte das Bistum am 22. Dezember in Dresden mit. Verwaltet wird das Geld vom Caritasverband für das sächsisch-thüringische Bistum.

Antragsberechtigt seien »Flüchtlinge und Migranten, die sich im Bistum Dresden-Meißen aufhalten und sich in

einer besonderen Notlage befinden«, hieß es. Vor allem Familien mit Kindern soll damit geholfen werden. Die Mittel stehen für die Beschaffung von Haushaltsgegenständen wie Waschmaschine, Herd, Kühlschrank, aber auch für Bekleidung sowie medizinische Versorgung bereit.

Finanziell unterstützt werden könnten auch Dolmetscherdienste, die im Beratungs- und Begleitprogramm erforderlich sind, oder Projekte in den Pfarrgemeinden, in denen sich Ehrenamtliche um Flüchtlinge und Migranten kümmern.

www.bistum-dresden-meissen.de

»Ökumenische Flüchtlingshilfe« in Leipzig ab 12. Januar

Leipzig (epd). In Leipzig soll am 12. Januar eine »Ökumenische Flüchtlingshilfe« gegründet werden. Die katholische Caritas und die evangelische Diakonie würden sich darin gemeinsam engagieren, teilten Superintendent Martin Henker und Propst Lothar Vierhock am Dienstag in Leipzig mit. Die Gemeinden seien eingeladen, sich unter diesem Dach einzubringen und mitzuarbeiten.

Gerade Christen sollten sich Menschen in Not zuzuwenden und ihnen mit allen möglichen Kräften Schutz und Hilfe gewähren. Das gelte derzeit »in besonderer Weise für die Flüchtlinge, die zu uns kommen«, hieß es. Die Initiative wird beim Friedensgebet in der Nikolaikirche gegründet. Ebenfalls am 12. Januar hat das ausländerfeindliche Bündnis »Legida«, ein Ableger der asyl- und islamkritischen Dresdner »Pegida«, zur Demonstration in der Messestadt aufgerufen.

»Während wir in diesem Jahr das Fest der Geburt Christi feiern, sind in unserer Welt mehr als 50 Millionen

Menschen auf der Flucht. Auch in unserer Stadt sind mehr Flüchtlinge aufzunehmen als in den zurückliegenden Jahren«, heißt es in dem »Wort an die Gemeinden Leipzigs zum Weihnachtsfest 2014«, das neben Henker und Vierhock auch der Leipziger Missionsdirektor Christian Kreusel und der Geschäftsführer des Caritasverbandes Leipzig, Tobias Strieder, unterzeichnet haben.

Jesus sei in einem Notquartier geboren. Wenig später hätten seine Eltern mit ihm vor Gewalt und Terror fliehen müssen. Wie es in dem Wort weiter heißt, erfordere es große Anstrengungen, für ankommende Flüchtlinge die notwendigen praktischen Regelungen zu treffen. Auch in Leipzig engagierten sich viele dafür, dass Flüchtlinge würdevoll aufgenommen werden und willkommen sind. Aber es gebe auch verunsicherte Bürger und Ängste. Über Fragen nach den Wurzeln, aus denen unsere Gesellschaft lebt, müsse ein offener Dialog geführt werden.

Bischöfin Junkermann: »Die Welt um uns ist dunkler geworden«

Magdeburg/Erfurt (epd). Die mitteldeutsche Bischöfin Ilse Junkermann sieht in der Weihnachtsbotschaft ein Zeichen der Hoffnung für eine friedliche Beilegung von Konflikten. Die freudige Geschichte von der Christgeburt zeige, »dass Wohlgefallen für alle möglich ist«, sagte sie dem Evangelischen Pressedienst (epd). Vor dem Hintergrund der weltweiten Krisenherde stelle sich aber auch die Frage, »ob wir aus der Geschichte von Kriegen gelernt haben und zu Konfliktprävention fähig sind«. Zudem betonte Junkermann in einem am 22. Dezember verbreiteten Weihnachtswort, dass Menschen immer wieder erfahren hätten, wie stark die Kraft der Liebe und des Friedens sein könne.

So seien es etwa Ende 1989 Kerzen und Gebete gewesen, die die DDR-Diktatur verbunden mit dem Ruf »Keine Gewalt!« zu Fall brachten. Aktiv »ent-feinden« sei die Kraft des Friedens, erklärte die leitende Geistliche der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland. So komme es darauf an, den Anderen als Mitmensch sehen. Dies bedeute in der Politik, dass die Verantwortlichen gerade in kritischer Situation im Gespräch bleiben. Auch in der Familie, unter Kollegen und in der Nachbarschaft könne Frieden nur herrschen, »wenn auf den Anderen friedlich und verständnisvoll« zugegangen werde.

Die Weihnachtsbotschaft zeige, dass Frieden möglich ist. Es mag sein, dass manche Gewaltexzesse nur noch

mit Gegengewalt aufzuhalten sind, räumte Junkermann ein. Deshalb dürfe es zu einer solchen Eskalation gar nicht erst kommen. Menschen in Not würden Hilfe brauchen, »bevor sich ihre Verzweiflung gewaltsam Bahn bricht«. Konflikte ließen sich lösen, wenn sie rechtzeitig erkannt und bearbeitet werden. Längst gäbe es Methoden für eine friedliche Beilegung. Aber nur ein Bruchteil von dem, was für Rüstung und Militär ausgegeben werde, fließe in diesen Bereich, kritisierte Junkermann. »Die Welt um uns herum ist dunkler geworden«, stellte die Bischöfin in dem epd-Gespräch fest. »Deshalb müssen wir neu wahrnehmen, dass Gott ins Dunkle kommt.« Als beunruhigend nannte Junkermann zum einen die alten Denkmuster des Kalten Krieges etwa in den Auseinandersetzungen zwischen Nato und Russland um die Ukraine. Zudem ließen weltweit agierende Islamisten und der anhaltende Bürgerkrieg in Syrien »Religion als Bedrohung erscheinen«.

Diese Entwicklungen »schüren auch bei uns Ängste, die wir ernst nehmen müssen«. In diesem Zusammenhang verwies die Bischöfin auf die »Pegida«-Demonstrationen und betonte, der wachsende Zulauf für diese diffuse Protestbewegung zeige, »dass Demokratie mühsam ist und für alle Beteiligten Arbeit macht«. Die Kirchen könnten in dieser Situation für die Sorgen und Ängste der Menschen ein Forum sein.

»Wir sind mehr denn je gefragt, mit unserem Tun und unserem Zeugnis einzustehen für Friedlichkeit und Menschlichkeit.« Dies gelte in ganz besonderer Weise auch für den Umgang mit Flüchtlingen in unserem Land, sagte die Bischöfin. »Die fremden Menschen sind nicht besser, aber auch nicht schlechter als wir. Doch wenn sie auf Dauer in überfüllten Unterkünften wie im Thüringer Erstaufnahmelager Eisenberg leben müssen, werden Aggressionen wach.«

Nötig seien neben »richtig guter Sozialarbeit« auch Möglichkeiten zu einer angemessenen und sinnvollen Beschäftigung, die das Selbstwertgefühl der Flüchtlinge stärkt. Erforderlich sei auch »eine ganz neue Flüchtlingspolitik« in Deutschland und Europa, um Menschen aus Krisengebieten tatsächlichen Schutz zu bieten. »Es kann nicht sein, dass wir im gemeinsamen Haus Europa bedrohte Menschen sehenden Auges in den Tod treiben lassen«, fügte Junkermann unter Hinweis auf die Situation an den europäischen Außengrenzen hinzu.

Bischof Dröge ruft zur Verteidigung christlicher Werte auf

Berlin (epd). Der Berliner Bischof Markus Dröge hat im Zusammenhang mit den islam- und asylkritischen »Pegida«-Protesten vor einer Verdrehung von Tatsachen gewarnt. Die Fakten sprächen eine andere Sprache, sagte Dröge in seiner Weihnachtspredigt am Mittwoch im Berliner Dom.

»Unser Land braucht Zuwanderung, um zukunftsfähig zu werden.« Die Volkswirtschaft werde nicht geschwächt, sondern gestärkt, wenn Menschen aus anderen Kulturkreisen mit ihren Begabungen und ihrer Arbeitskraft in unsere Gesellschaft integriert werden, sagte der Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz.

Weiter warnte er vor falschen Schuldzuweisungen an die Schwächsten in der Gesellschaft. Die Weihnachtsbotschaft spreche in diesem Jahr eine sehr klare Sprache, sagte Dröge: »Gott kommt zu uns Menschen als ein Flüchtlingskind, das von seiner sozialen Umwelt nicht willkommen geheißen wurde und bald nach der Geburt mit seinen Eltern vor der gewalttätigen Staatsmacht fliehen musste.« Gott wolle Frieden schaffen durch mitmenschliche Zuwendung, durch den Schutz der Schwachen, durch Versöhnung, nicht durch Ausgrenzung derer, die Hilfe brauchen. Dröge rief dazu auf die Werte des Christentums zu verteidigen. Dazu gehörten die Würde jedes einzelnen Menschen, der Schutz der Schwachen und Hilfe für die, die in Not sind.

»Wiege der Mark«

Der Dom zu Brandenburg feiert sein 850-jähriges Bestehen

Brandenburg an der Havel (epd). Neue Fundamente im schlammigen Boden und frische Farben am historischen Gemäuer: Nach Abschluss der rund 50 Millionen Euro teuren Restaurierung feiert der evangelische Dom zu Brandenburg an der Havel im kommenden Jahr sein 850-jähriges Bestehen. Im Juni wird ein Festgottesdienst mit Bundespräsident Joachim Gauck gefeiert. Dem Jubiläumskuratorium gehören unter anderem Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) an.

Die »Wiege der Mark« habe nicht nur der Stadt, sondern der ganzen Region bis hin zum dem heutigen Bundesland Brandenburg ihren Namen gegeben, betont der Berliner Altbischof Wolfgang Huber, der als Dechant das Aufsichtsgremium des Doms, das Domkapitel, leitet. Und die Bedeutung des Doms reiche auch aus anderen

Gründen weit über die Region hinaus. Denn das kulturelle Erbe des Doms sei auch Dokument vergangener Epochen.

Einer der Höhepunkte des Festprogramms ist die große Ausstellung unter dem Motto »Beständig neu«, die am 3. Mai zum Start des Jubiläumsjahres eröffnet werden soll. Der Dom spiegele »in einzigartiger Weise die Geschichte des gesamten Landes Brandenburg wider«, heißt es dazu beim Domstift: »Dies greift die Jubiläumsausstellung des Dommuseums auf.«

Die vielen Umbauten, mit denen der Dom den Moden und Bedürfnissen der jeweiligen Zeit angepasst wurde, werden in der Ausstellung ebenso thematisiert wie die Landesgeschichte. Der Dombau als Ausgangspunkt der Christianisierung Brandenburgs, der erste große Umbau der Neuzeit 1648 nach Ende des Dreißigjährigen Krieges und der Beginn der preußischen Denkmalpflege mit der

Untersuchung des Grabs des 1506 gestorbenen Bischofs Joachim von Bredow unter Karl Friedrich Schinkel sind einige der Themen. »Caput Mortuum« heißt einer der Farb-töne, die dem Innenraum des Doms seit dem Abschluss der Sanierung 2014 seine mittelalterliche Erscheinung zu-rückgeben, auf Deutsch Totenkopf. Die dunkelrote Farbe, deren Name aus der Zeit der Alchemisten-Experimente des 15. Jahrhunderts stammt, bedeckt zwischen großen weißen Flächen Teile des gotischen Gewölbes und anderer Bauelemente des Kirchenschiffs.

Der historische Farbton wurde von der Denkmalpflege der DDR wiederentdeckt, als der einsturzgefährdete Dom in den 60er Jahren umfangreich saniert wurde. Immer wieder kämen Touristen in den Dom und kritisierten, die DDR habe alles verkommen lassen, erzählt Museumsleiter Rüdiger von Schnurbein: »Das stimmt überhaupt nicht.« Nachdem der Dom 1961 zunächst wegen Einsturzgefahr

gesperrt wurde, habe die DDR einiges zur Denkmalpflege beigetragen, »im Rahmen ihrer Möglichkeiten«.

Bereits Anfang der 60er Jahre wurden die Arka-denpfeiler des Denkmals mit 60 rund 14 Meter langen Bohrpfählen im Untergrund stabilisiert, Triumphkreuz, Kanzel, Orgel und der Böhmisches Altar wurden restau-riert. In den 70er Jahren folgten weitere Reparaturen und Restaurierungen, das Chorscheitelfenster wurde mit Sicherheitsglas geschützt, das Dach wurde neu gedeckt.

Der schwierigste Teil der Sanierung nach 1989 wurde Ende der 90er Jahre bewältigt: Zur Sicherung der Fundamente im weichen und nassen Boden der havelumspülten Dominsel wurden mit Hilfe modernster Technologie 180 sieben Meter tiefe Löcher in den Grund unter dem Dom gespült und mit Spezialbeton gefüllt. 850 Jahre nach der Grundsteinlegung steht die Kirche nun auf festem Grund. *Von Yvonne Jennerjahn (epd)*

Huber: Domjubiläum erinnert an »Wiege der Mark«

Brandenburg an der Havel (epd). Der als »Wiege der Mark« bekannte evangelische Dom zu Brandenburg an der Havel feiert im kommenden Jahr sein 850-jähriges Bestehen. Das Jubiläumsjahr zur Erinnerung an die Grundsteinlegung 1165 werde die historische und kulturelle Bedeutung des Bauwerks in den Mittelpunkt stellen, sagte der Berliner Altbischof Wolfgang Huber, Leiter des Aufsichtsgremiums des Doms, dem Evangelischen Pres-sedienst (epd). Aber auch das heutige Leben am Dom soll in den Blick rücken.

»In diesem Gebäude verbindet sich eine lange Ge-schichte mit einer verheißungsvollen Zukunft«, betonte Huber. Das Jubiläumsjahr sei auch ein wichtiger Beitrag zur Vorbereitung des 500. Reformationsjubiläums 2017. Die Einführung der Reformation in Brandenburg 1540 und ihre Auswirkungen auf die sozialen Verhältnisse und die Kulturgeschichte würden derzeit in einem Forschungspro-jekt untersucht. Die Ergebnisse sollen in eine für 2017 geplante Ausstellung im Dommuseum und der Stadt mit einfließen, sagte Huber.

Das Jubiläumsjahr bietet ein umfangreiches Festpro-gramm mit rund 200 Veranstaltungen vom 3. Mai bis zum 31. Oktober. Höhepunkt ist neben einer großen Ausstellung zur Geschichte des Doms ein Gottesdienst mit Bundespräsident Joachim Gauck am 21. Juni, betonte

Huber. Um die Bedeutung des Doms auch über die Gren-zen Brandenburgs hinaus bekannter zu machen, wurde ein Jubiläumskuratorium berufen, dem unter anderem Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU), der evangelische Landesbischof Markus Dröge und die Generaldirektorin der Berliner Staatsbibliothek, Barbara Schneider-Kempf, angehören.

Erstmals soll ab Januar Eintritt für den Dom ge-nommen werden. Der Eintrittspreis von fünf Euro solle einen Beitrag zum Unterhalt des Denkmals leisten und sei bereits vor längerem beschlossen worden, hieß es beim Domstift. Nach einer Probephase werde jedoch überprüft, ob die Regelung sinnvoll sei. Falls dadurch keine nennenswerten Einnahmen erzielt werden können, müsse das Eintrittsgeld wieder auf den Prüfstand.

Das Geld für die langjährige rund 50 Millionen Euro teure Sanierung der Bauwerke des Domensembles, die 2014 weitgehend abgeschlossen wurde, kam aus verschie-denen Quellen, vor allem von Stiftungen, vom Bund und vom Land: Eine Million Euro gibt das Land Brandenburg jedes Jahr für den Dom zu Brandenburg an der Havel aus. So ist es im evangelischen Staatskirchenvertrag von 1997 festgelegt. *epd-Gespräch: Yvonne Jennerjahn*

Kirchen fordern an Weihnachten neue Flüchtlingspolitik

EKD-Ratsvorsitzender besuchte Heiligabend Erstaufnahmestelle in München

Freiburg/Aachen (epd). Für ein Leben ohne Angst und Hunger: Die Kirchen haben an Weihnachten zu mehr Mitmenschlichkeit und Solidarität mit Flüchtlingen aufgerufen. Papst Franziskus forderte die Gläubigen bei der Mitternachtsmesse am Heiligabend im Petersdom auf, sich für den Umgang miteinander ein Beispiel an der Güte und Milde Gottes zu nehmen. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, rief zu persönlichen Kontakten mit Flüchtlingen auf und forderte eine Neuorientierung der europäischen Flüchtlingspolitik.

Papst Franziskus telefonierte an Heiligabend mit Flüchtlingen im irakischen Erbil. »Ihr seid wie Jesus bei seiner Geburt, er wurde vertrieben und musste nach Ägypten fliehen«, sagte der Papst. Am ersten Feiertag spendete das Kirchenoberhaupt vor Tausenden Gläubigen auf dem Petersplatz in Rom den traditionellen Segen »Urbi et Orbi«. Dabei beklagte der Papst das Leiden der Menschen in Kriegsgebieten im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika.

Christen und Angehörige anderer Minderheiten litten unter grausamer Verfolgung, sagte Franziskus angesichts des Terrors in Syrien und im Irak. Die Flüchtlinge in der Region müssten »die notwendigen Hilfen erhalten, um die Härten des Winters zu überstehen, um in ihre Länder zurückzukehren und in Würde zu leben«.

Der EKD-Ratsvorsitzende und bayerische Landesbischof Bedford-Strohm besuchte an Heiligabend eine Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge in München. Dabei empfahl er persönliche Kontakte mit den geflohenen Menschen, um ihren Schicksalen ein Gesicht zu geben. In seiner Predigt am ersten Feiertag sagte Bedford-Strohm, das christliche Europa habe heute die Aufgabe, seinen Umgang mit Flüchtlingen so zu gestalten, dass kein Mensch mehr im Mittelmeer ertrinken muss. Europa müsse deshalb mit fairen Handelsbeziehungen dazu beitragen, dass Menschen nicht mehr zur Flucht gezwungen werden, sagte der Bischof in der Münchner Matthäuskirche.

Der evangelische Berliner Bischof Markus Dröge warnte im Zusammenhang mit den »Pegida«-Protesten vor einer Verdrehung von Tatsachen. Die Fakten sprächen



Landesbischof Bedford-Strohm spricht mit Flüchtlingen in der Münchner Erstaufnahmestelle.

epd-bild / Andreas Heddergott

eine andere Sprache, sagte Dröge in seiner Predigt an Heiligabend im Berliner Dom: »Unser Land braucht Zuwanderung, um zukunftsfähig zu werden.« Die Volkswirtschaft werde nicht geschwächt, sondern gestärkt, wenn Menschen aus anderen Kulturkreisen mit ihren Begabungen und ihrer Arbeitskraft in unsere Gesellschaft integriert würden.

Weihnachten erinnert nach Ansicht des evangelischen Landesbischofs Ralf Meister aus Hannover daran, dass alle Menschen gleich viel wert sind. »Die Krippengeschichte sortiert die gesellschaftliche Ordnung neu«, sagte er an Heiligabend in seiner Predigt in der Marktkirche in Hannover. Nicht die politischen Eliten und auch die nicht Priester, sondern Hirten erführen in der Weihnachtsgeschichte als erste von der Ankunft des Sohnes Gottes. »Diese Geschichte ist zuerst eine Erzählung der Armen, und vor dem Kind in dem schäbigen Stall sind alle gleich«, sagte Meister laut Redetext.

Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, kritisierte, in den EU-Ländern hätten Flüchtlinge unterschiedliche rechtliche und soziale Standards. Das Dublin-System funktioniere nicht, die daraus resultierenden Abschiebungen seien keine menschenwürdige Lösung. Der Kardinal warb in einem Gastbeitrag für den »Münchner Merkur« für ein »gerechtes, gemeinsames europäisches Einwanderungsrecht«.

Bedford-Strohm:

»Weihnachtschristen« nicht diffamieren

Berlin (epd). Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, wendet sich gegen ein Verächtlichmachen von Christen, die nur an Weihnachten einen Gottesdienst besuchen. Die Leute wüssten genau, warum sie in die Kirche gehen, sagte Bedford-Strohm in einem am 22. Dezember veröffentlichten Interview der Tageszeitung »Die Welt« (Online-Ausgabe). Die Kirchgänger an Weihnachten spürten, wohin sie gehen müssen, wenn sie über die aktuelle Situation hinaus nach vorn schauen wollten.

In der Weihnachtspredigten und -gebeten müsse natürlich die gesellschaftliche Realität vorkommen, wie etwa in diesem Jahr die Flüchtlinge. »An ihnen zeigt sich, dass Weihnachten nicht nur Romantik ist«, erläuterte Bedford-Strohm. Wenn allerdings Menschen zu Weihnachten eine tiefe Sehnsucht nach Frieden und Konfliktüberwindung in die Kirche bringen, sollte dies nicht schlecht gemacht werden, warb der EKD-Ratsvorsitzende. Denn mit dieser Sehnsucht gingen sie an den richtigen Ort, an dem »eine wunderbare Botschaft zu hören ist von einem kleinen Kind, von einem Menschen, der dann am Kreuz stirbt und wieder aufgeweckt wurde«.

Deshalb halte er nichts davon, sogenannte Weihnachtschristen zu diffamieren, ergänzte der Theologe. In Deutschland besuchen an Heilig Abend rund 8,5 Millionen Menschen evangelische Gottesdienste, an normalen Sonntagen sind es nahezu 900.000. Er lade alle ein, es auch im übrigen Jahr mit Gottesdiensten neu zu versuchen. Der Sonntagsgottesdienst sei ein Ort, um über sich selbst, über Schuld und Vergebung nachdenken zu können, empfahl der Ratsvorsitzende.

In seiner Predigt am ersten Feiertag werde er an den Weihnachtsfrieden von 1914 erinnern und über Europa als Friedensprojekt sprechen, sagte der bayerische Landesbischof. Im Ersten Weltkrieg hätten deutsche und britische Soldaten an der Front die Waffen ruhen lassen, als sie die Lieder der jeweils anderen hörten. Statt aufeinander zu schießen, hätten sie sich Geschenke gemacht. Diese eindrucksvolle Geschichte finde heute eine Fortsetzung, wenn Briten und Deutsche zusammen im Europaparlament sitzen, ergänzte Bedford-Strohm.

EKD-Ratsvorsitzender

Bedford-Strohm gegen Burka-Verbot

Berlin (epd). Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, hat sich gegen ein Burka-Verbot ausgesprochen. Zwar sei es für ihn »wichtig, einer Person ins Gesicht schauen zu können, wenn ich mich mit ihr unterhalte«, sagte der bayerische Landesbischof dem Berliner »Tagesspiegel« (24. Dezember). Deshalb stehe er der Vollverschleierung »sehr kritisch« gegenüber. Aber die Debatte über ein Burka-Verbot in Deutschland sei eine Phantom-Diskussion. So habe er ihn München, wo viele Menschen aus arabischen Ländern zu Gast sind, noch nie eine Burka gesehen.

Ein Gesetz diene dazu, Gefahren abzuwehren. »Die Körperbedeckung durch Verschleierung oder Burka ist nichts, was durch ein Gesetz abgewehrt werden müsste«, argumentierte Bedford-Strohm. Vielmehr sollte dieses Thema in der Gesellschaft und im Dialog der Religionen erörtert werden.

Weil das Selbstbestimmungsrecht der Frau ein »unaufgebbares Recht« sei, müsse darüber gesprochen werden, wie Frauen die Verschleierung wahrnehmen. »Als etwas, das ihre Rechte beschneidet? Oder als etwas, das ihrer Persönlichkeit entspricht? Das genau muss Gegenstand der Debatte sein, die ich meine«, sagte der Ratsvorsitzende. Und wenn die Vollverschleierung Ausdruck der Selbstbestimmung wäre, würde er »erst recht sagen: Ein gesetzliches Verbot ist nicht der richtige Weg«.

Ein Antrag für ein Burka-Verbot hatte kürzlich den Bundesparteitag der CDU beschäftigt. Die Burka sei »ein deutliches Zeichen der Abgrenzung und der fehlenden Bereitschaft zur Integration«, hieß es zur Begründung der Forderung. Der Kölner Parteitag verschob allerdings einen Beschluss. Zunächst soll die Verbotsforderung in CDU-Fachausschüssen geprüft werden.

Gustav-Adolf-Werk

Sorge um evangelische Kirchen in der Ukraine

Leipzig (epd). Das Gustav-Adolf-Werk blickt mit Sorge auf die Zukunft der evangelischen Kirchen in der Ukraine. »Mich beschäftigt vor allem, dass unsere beiden Partnerkirchen - die Reformierte Kirche in Transkarpatien und die sogenannte Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche in der Ukraine - massiv in diesen Konflikt reingezogen wurden«, sagte der Generalsekretär des Diasporawerks

KIRCHEN

der Evangelischen Kirche in Deutschland, Enno Haaks, dem Evangelischen Pressedienst (epd).

Die Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche in der Ukraine sei »praktisch zerrissen« worden, fügte Haaks hinzu. Es gebe sieben Gemeinden auf der Krim, die sich nun neu registrieren lassen müssten und damit rechtlich zu Russland gehören werden. Die Annektierung der Krim habe ohnehin zu großen Spannungen auch zwischen den Kirchen geführt. »Was man offen merkt, ist, dass zum Beispiel keine Pfarrer-Entsendungen in die Krim mehr möglich sind«, sagte Haaks. Zwei Pfarrer hätten schon die Region verlassen müssen.

Doch auch die Reformierte Kirche mit ungarischsprachigen Gemeinden im Westen des Landes sei direkt von der Krise betroffen. »Durch die Mobilisierung der ukrainischen Armee wurden viele junge Männer aus diesen ungarischsprachigen Dörfern eingezogen, sie haben auch schon die ersten Toten beerdigt«, sagte der Generalsekretär. Die Menschen lebten dort sehr autark und meist von der Landwirtschaft: »Wenn dort die Männer fehlen, ist das existenziell bedrohlich!«

Zudem seien mittlerweile etwa eine halbe Million Menschen in der Ukraine vertrieben worden, was auch das Gemeindeleben belaste. »Viele Pfarrer sind damit beschäftigt, einfach das tägliche Leben und die Sozialstruktur in ihren Gemeinden aufrecht zu erhalten«, sagte Haaks.

epd-Gespräch: Luise Poschmann

Vatikan

Papst prangert »Krankheiten« der Kurie an

Rom (epd). Papst Franziskus hat Machtstreben, Geldgier und Eitelkeit in der Kirchenführung beklagt. In seiner Weihnachtsansprache vor den Chefs und leitenden Mitarbeitern der Vatikanbehörden listete er am 22. Dezember

im Vatikan 15 »Kurienkrankheiten« auf, darunter Exhibitionismus, Karrieremacherei, Arroganz, Hartherzigkeit und Geschwätzigkeit. »Eine Kurie, die sich nicht selbst kritisiert, auf den neusten Stand bringt und verbessert, ist ein kranker Körper«, sagte das katholische Kirchenoberhaupt bei dem Empfang. Zugleich gab er zu bedenken, diese Krankheiten seien eine Gefahr für jeden Christen.

Deutlich rügte Franziskus das Ansammeln materieller Güter durch Kurienmitglieder. Ohne den früheren Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone und dessen neue Luxuswohnung im Vatikan zu erwähnen, betonte er: »Unsere Umzüge sind ein Zeichen dieser Krankheit.« Besonders dringend sei es, die »existenzielle Schizophrenie« derjenigen zu heilen, die unter Missachtung der strengen Lehren, die sie anderen erteilen, ein ausschweifendes Leben führen. Diejenigen, die sich anderen überlegen fühlten und ihnen nicht dienten, litten an der »Pathologie der Macht«. Als Gegengift gegen diese »Epidemie« empfahl Franziskus, sich die eigene Sündhaftigkeit bewusst zu machen.

Sowohl übermäßige Planung als auch »geistige Versteinerung« und mangelnde Koordinierung drohen nach den Worten des Papstes das Wesen der Kirche zu verfälschen. »Spirituelles Alzheimer« führe zur Abhängigkeit von häufig selbst konstruierten Glaubensüberzeugungen, fügte Franziskus hinzu. Die »Vergötterung der Chefs« führt seinen Worten zufolge zu Untertänigkeit und Opportunismus. Wer andere mit Arroganz und übertriebener Härte behandle, verberge die eigene Unsicherheit vielfach hinter theatralischer Strenge, mahnte der Papst.

KIRCHEN

Experte: Keine Hinweise für Stellenabbau durch Mindestlohn

Berlin (epd). Das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit erwartet keinen gravierenden Personalabbau wegen des gesetzlichen Mindestlohns. »Uns liegen bisher keine belastbaren Hinweise vor, dass Unternehmen deswegen zusätzlich Stellen abbauen«, sagte der Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Joachim Möller, der »Berliner Zeitung« (22. Dezember).

Der Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde tritt in wenigen Tagen in Kraft. Um herauszufinden, ob Unternehmen deswegen mehr Mitarbeiter als üblich entlassen haben, hatte sich das IAB die sogenannten Arbeitssuchend-Meldungen angeschaut. »Wenn Unternehmen zum Start des Mindestlohns erheblich Personal abbauen würden, müsste es bereits jetzt einen ungewöhnlichen Anstieg der Arbeitssuchend-Meldungen geben. Das ist aber nicht der Fall«, erklärte IAB-Direktor Möller. Beschäftigte, die eine Kündigung erhalten haben, müssen sich drei Monate vor Vertragsende bei einer Arbeitsagentur melden.

Für wenig aussagekräftig halten Forscher eine kürzlich veröffentlichte Umfrage des Münchner Ifo-Instituts, heißt es in dem Zeitungsbericht weiter. Dabei gaben 22

Prozent der vom Mindestlohn betroffenen Unternehmen an, voraussichtlich mit Personalabbau darauf zu reagieren. »Ein solches Ergebnis war zu erwarten«, sagte Möller. Schließlich würden die Firmen die Debatte kennen. Wenn ständig vor Jobabbau gewarnt werde, sei es für Manager naheliegend zu erklären, dass man mit Stellenstreichungen reagiert, schreibt die Zeitung.

Mit Umfragen allein könne man nicht herausfinden, wie Betriebe tatsächlich auf den Mindestlohn reagieren, betonte Rainer Schnell, Professor für empirische Sozialforschung an der Universität Duisburg-Essen in der Zeitung. Möglich sei, dass die Befragten den Mindestlohn als plausible Erklärung für einen ohnehin geplanten Personalabbau angeben.

So habe das als arbeitgebernah geltende Institut der deutschen Wirtschaft bereits im Herbst in seiner regulären Konjunkturumfrage Firmen nach ihren Erwartungen für 2015 gefragt, unabhängig davon, ob sie vom Mindestlohn betroffen sind oder nicht. Auch hier gaben 22 Prozent an, sie rechneten mit einer sinkenden Beschäftigung, schreibt die Zeitung weiter.

Peter Hartz: Unterm Strich war Arbeitsmarktreform ein Erfolg

Berlin (epd). Der geistige Vater der vor zehn Jahren, am 1. Januar 2005, in Kraft getretenen Hartz-IV-Gesetze, Peter Hartz, hat die Arbeitsmarktreform verteidigt. »Unter dem Strich war die Reform ein Erfolg«, sagte Hartz dem Berliner »Tagesspiegel« (Dienstagsausgabe). Dass die Regelungen für einen Teil der Arbeitslosen mit Kürzungen verbunden waren, habe die von ihm geleitete Kommission nicht beabsichtigt. »Wir wollten diese Kürzungen nicht«, sagte Hartz.

Die Kommission habe damals einstimmig vorgeschlagen, die Leistung beim durchschnittlichen Betrag der Arbeitslosenhilfe festzusetzen, was 511 Euro gewesen wären. »Die Politik hat sich für das Niveau der Sozialhilfe entschieden, der Regelsatz landete bei 345 Euro«, sagte Hartz, der damals Personalvorstand bei VW war und heute

ehrenamtlich für die Stiftung »Saarländer helfen Saarländern« (SHS) tätig ist. Die Stiftung entwickelt Konzepte zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa.

Er habe lernen müssen, sagte Hartz weiter, dass in einer parlamentarischen Demokratie Vorschläge nach den Beratungen nicht so herauskommen wie sie hineingegangen sind. »Insbesondere der Bundesrat hat die Reform verschlechtert. Wir wollten, dass Arbeitslose Hilfe aus einer Hand bekommen. Es war nicht besonders glücklich, dass die Betreuung auf zwei Organisationen verteilt wurde, Arbeitsagenturen und Jobcenter«, sagte Hartz der Zeitung. Die Reformen hätten einen großen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit geleistet. »Aber sie konnten nur deshalb so erfolgreich wirken, weil die Konjunktur angesprungen ist.«

Flächendeckende Tariflöhne für Pflegekräfte gefordert

Berlin (epd). Der Pflegebeauftragte der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann (CDU), hat die Arbeitgeber in der Pflegewirtschaft aufgefordert, sich nicht weiter flächendeckenden Tarifverträgen in der Branche zu verweigern. »Es passt doch nicht zusammen, wenn in der Branche der zunehmende Fachkräftemangel beklagt wird, aber gleichzeitig nichts getan wird, die Attraktivität des Berufes zu erhöhen«, sagte Laumann der »Berliner Zeitung« (Samstagsausgabe). »Wir brauchen endlich flächendeckend faire Löhne, die von Arbeitgebern und Gewerkschaften in Tarifverträgen ausgehandelt werden«, fügte er hinzu.

Die Beschäftigten müssten ordentlich bezahlt werden. »Die schönste Pflegeversicherung nützt doch nichts, wenn

wir nicht genügend Menschen finden, die die Menschen tatsächlich pflegen. Denn Geld pflegt bekanntermaßen nicht«, sagte der CDU-Politiker.

Laumann sprach von starken regionalen Unterschieden bei der Bezahlung der Pflegekräfte. Lediglich im Süden Deutschlands, wo die Tarifbindung stark sei, würden inzwischen faire Löhne gezahlt. Er kündigte an, dass erste Ergebnisse der von ihm in Auftrag gegebenen Untersuchung zu den regionalen Unterschieden bei der Bezahlung der Pflegekräfte Anfang 2015 vorliegen werden. »Dann wissen wir, wohin die Debatte gehört. Ich will, dass in der Pflege überall Tariflöhne gezahlt werden«, betonte der Pflegebeauftragte der Regierung.

Online-Beratung für suizidgefährdete Jugendliche sucht Freiwillige

Berlin (epd). Der Berliner Caritasverband sucht ehrenamtliche Berater für seine Online-Beratung »[U25] Berlin« für junge Menschen mit Suizidgefährdung und in Krisen. Gesucht würden junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren, die sich als sogenannte Peerberater (Peer: englisch für »Gleichaltrige«) ausbilden lassen, teilte die Caritas am 22. Dezember mit. Die Kurse finden an zehn Terminen statt und starten am 10. Januar. Inhalte der Ausbildung seien unter anderem Grundlagen der Krisenbegleitung, Infos über psychische Erkrankungen und Methoden der Mail-Beratung.

Bei dem Online-Projekt »[U25] Berlin« werden Jugendliche von Gleichaltrigen beraten. Die im Herbst 2013 zunächst in Freiburg gestartete Online-Beratung wird

auch in Gelsenkirchen, Dresden, Hamburg und Berlin angeboten. Klassische Beratungsangebote würden von Jugendlichen zu selten in Anspruch genommen, hieß es.

Nach Caritas-Angaben sterben in Deutschland mehr Menschen durch Suizid als durch illegale Drogen, Aids und Verkehrsunfälle zusammen. Etwa alle 56 Minuten nehme sich ein Mensch das Leben, alle sechs Minuten gebe es einen Selbsttötungsversuch. Bei jungen Menschen unter 25 Jahren werde angenommen, dass die Suizidversuchsrate noch weitaus größer ist. Unter den Suizidopfern sind jährlich etwa 600 Jugendliche.

*Bewerbungen an die Caritas: Christina Obermüller: 030/666 33 488, c.obermueller@caritas-berlin.de
www.u25-berlin.de*

Die unklare Wirkung der Hartz-IV-Reform

Wissenschaftliche Studien zur Arbeitsmarktreform mit unterschiedlichen Ergebnissen

Frankfurt a.M. (epd). »Die Hartz IV-Reformen haben gegriffen.« Diese Bilanz der Agenda 2010 wird gerne von den Befürwortern der Arbeitsmarktreform verbreitet. So zog bereits vier Jahre nach Inkrafttreten der ersten Hartz-Gesetze die Bundesagentur für Arbeit eine positive Bilanz der umstrittenen Arbeitsmarktreformen. Die Arbeitslosigkeit sinke, und der interne Umbau der Bundesagentur hin zu einem kundenorientierten Dienstleistungsunternehmen schreite voran, sagte 2006 der Vorstandsvorsitzende Frank-Jürgen Weise. Auch später zog die Bundesagentur für Arbeit eine positive Bilanz.

Doch was ist Behauptung und Glaube, was ist wissenschaftliche Erkenntnis? Gibt es den behaupteten kausalen Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktreform und dem Abbau der Arbeitslosigkeit? Das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung IAB ist die wissenschaftliche Abteilung der Bundesanstalt für Arbeit und legt regelmäßig Studien zu Hartz IV vor. In der IAB-Studie »Acht Jahre Grundsicherung für Arbeitssuchende« wird im Jahr 2013 vorsichtig bilanziert, der Rückgang der Arbeitslosigkeit sei »zumindest teilweise auf die Arbeitsmarktreformen der vergangenen Jahre zurückführen«. Und weiter: »Allerdings dürfte auch der Aufschwung zwischen 2006 und 2008 dazu beigetragen haben.«

An erster Stelle von möglichen Wirkungen von Hartz IV steht jedoch eine für Arbeitnehmer eher unangenehme Folge: Sie sind durch den Druck der Reformen bereit, auch schlechtere Arbeit anzunehmen. So schreiben die Forscher: »Auch wenn sich der Beitrag der Reformen an der gesteigerten Effizienz des deutschen Arbeitsmarktes nicht exakt beziffern lässt - Betriebsbefragungen des IAB deuten darauf hin, dass eines der zentralen Reformziele, nämlich die Kompromissbereitschaft von Arbeitslosen und damit deren Beschäftigungschancen zu steigern, erreicht wurde.«

Eine Reihe von wissenschaftlichen Untersuchungen stellen die angeblichen Hartz-IV-Erfolge infrage. So zeigt

laut einer Forschungsarbeit, die 2007 im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erstellt wurde, Deregulierungen am Arbeitsmarkt im internationalen Vergleich keinen Beschäftigungseffekt. »In der Regel sind mittelfristig weder positive noch negative Beschäftigungseffekte einer Arbeitsmarktregulierung zu beobachten. Dieser überraschende Befund bestätigt sich auch bei einer isolierten Betrachtung der verwendeten Arbeitsmarktindikatoren«, ist das Fazit.

Eine Studie der Uni Oldenburg kommt zu dem Schluss, »dass der Beschäftigungsaufschwung 2006 bis Ende 2008 auch ohne die Hartz-Reformen zumindest in ähnlicher Art und Weise zustande gekommen wäre«. Ähnlich eine Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 2014: Ob sich Beschäftigung und Arbeitslosigkeit seit 2006 wegen oder trotz der vielkritisierten Reformen so günstig entwickelt haben, bleibe offen. Auch hier ist der angebliche Erfolg von Hartz IV deutlich eingetrübt: Nach den Reformen haben zwar mehr Arbeitslose eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden, und die Quoten haben sich wieder der Konjunktur angepasst. Allerdings fanden im Wirtschaftsaufschwung vor allem die versicherten Arbeitslosen einen neuen Job, Arbeitslosengeld-II-Bezieher und insbesondere Langzeitarbeitslose aber seltener.

Und die Studie benennt deutlich die Schattenseiten von Hartz IV. Die Angst vor Arbeitslosigkeit hat zugenommen: »Versicherte Arbeitslose nehmen rascher Arbeit auf, um nicht in Hartz IV abzurutschen. Beschäftigte machen größere Zugeständnisse, um ihre Stelle zu behalten. Viele sind mit ihrer Arbeit nicht zufrieden, der psychische Stress macht häufiger krank«, heißt es in der Untersuchung. Auch die Beschäftigungsbedingungen verschlechterten sich: Minijobs und Leiharbeit boomten, der Niedriglohnsektor wuchs. Die Folgen: Der Arbeitsmarkt sei nicht flexibler geworden, sondern erstarrt, die Menschen hätten Angst vor einem Arbeitsplatzwechsel. *Von Rudolf Stumberger (epd)*

Wichtige Änderungen im Jahr 2015

Berlin (epd). Bundestag und Bundesregierungen haben in den vergangenen Monaten zahlreiche Gesetze und Verordnungen für Gesundheit, Rente und Arbeit verabschiedet. Zum 1. Januar stehen wichtige Veränderungen an. Ein Überblick.

- Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde: In Deutschland gilt ab 1. Januar 2015 erstmals ein flächendeckender Mindestlohn. Die gesetzliche Lohnuntergrenze liegt bis Ende 2016 bei 8,50 Euro pro Stunde. Eine unabhängige Kommission berät dann über die künftige Entwicklung der Lohnuntergrenze. Ausnahmen gibt es für Praktikanten und Langzeitarbeitslose. Zudem wurde etwa den Verlegern eine verlängerte Frist gewährt, um die Löhne der Zeitungsboten anzupassen. Nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums sollen rund 3,7 Millionen Beschäftigte vom Mindestlohn profitieren.

- Beitrag zur Rentenversicherung sinkt: Für die gesetzliche Rentenversicherung werden im nächsten Jahr 0,2 Prozentpunkte weniger fällig als bisher. Der Beitragssatz liegt dann bei 18,7 Prozent. Auf dem Weg zur Rente mit 67 steigen zudem die Altersgrenzen weiter an. Für Versicherte, die 1950 geboren wurden, beginnt die Rente einen Monat später, also mit 65 Jahre und vier Monaten.

- Beruf und Pflege miteinander vereinbaren: Die Pflegealter oder kranker Menschen wird besser honoriert. Außerdem haben es Arbeitnehmer einfacher, ihren Job und die Pflege eines schwer kranken Angehörigen miteinander zu verbinden. Ab Januar haben sie einen Rechtsanspruch darauf, ihre Arbeitszeit bis zu zwei Jahre auf 15 Wochenstunden zu reduzieren. Bei den längeren Auszeiten gibt es aber Einschränkungen für Beschäftigte in Kleinbetrieben.

Der Rechtsanspruch auf die Familienpflegezeit von bis zu zwei Jahren gilt nur für Mitarbeiter in Betrieben mit mehr als 25 Beschäftigten.

- Hartz-IV-Empfänger bekommen acht Euro mehr: Der monatliche Regelsatz steigt zum 1. Januar auf 399 Euro. Leben zwei Erwachsene in einer Bedarfsgemeinschaft, so bekommen sie jeweils 360 Euro. Das sind sieben Euro mehr als bisher. Kinder bis sechs Jahre erhalten 234 Euro und damit fünf Euro mehr. Die Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze richtet sich nach der Preisentwicklung und der Entwicklung der Nettolöhne. Eine jährliche Anpassung ist laut einem Urteil des Verfassungsgerichts gesetzlich vorgeschrieben. Bundesweit sind rund 6,1 Millionen Menschen auf die Grundsicherung angewiesen.

- Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung fallen: Der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung sinkt auf 14,6 Prozent. Bisher lag der Satz bei 15,5 Prozent des Bruttoeinkommens. Der bislang allein von den Versicherten zu zahlende Sonderbeitrag von 0,9 Prozent des Einkommens entfällt. Die Kassen können stattdessen Zusatzbeiträge erheben. Für viele Versicherte wird die Krankenversicherung deshalb günstiger.

- Vier neue Leiden als Berufskrankheit anerkannt: Neu aufgenommen wurden unter anderem bestimmte Formen des »weißen Hautkrebses« (Plattenepithelkarzinome) oder dessen Vorstufe. Ebenfalls anerkannt wird Kehlkopfkrebs infolge von Schwefelsäure-Dämpfe. Damit haben Betroffene dieser Krankheiten ab dem 1. Januar Anspruch auf eine Heilbehandlung aus der gesetzlichen Unfallversicherung oder auf finanzielle Leistungen, wenn die Krankheit zur Arbeitsunfähigkeit oder zur Erwerbsminderung führt.

Heimkinder zweiter Klasse

Die Antragsfrist für Fonds läuft aus - Behinderte und psychisch kranke Heimkinder außen vor

Berlin (epd). Wenn Ende Dezember die Antragsfrist für den Heimkinderfonds ausläuft, geht Rolf Neumann leer aus. Fast sein ganzes Leben verbrachte der heute 59-Jährige aus Bad Oeynhausen in Heimen der Behindertenhilfe, wurde dort geschlagen, am Heizkörper festgebunden und gedemütigt. »Hölle« nennt er die Zeit zwischen Ende der 50er und Anfang der 80er Jahre. Eine Entschädigung für sein Leid wird er - im Gegensatz zu anderen Heimopfern - dennoch nicht bekommen, weil der Fonds nur für die Jugendhilfe, nicht die Behindertenhilfe gedacht ist. »Das fuchst mich«, sagt Neumann. Er fühlt sich als Heimkind

zweiter Klasse. Vor kurzem hat er seinen Ärger in Briefen an Bundespräsident Joachim Gauck und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) formuliert. »Ich hoffe, dass ich eine Antwort bekomme«, sagt er.

Dass behinderte und psychisch Kranke Opfer restriktiver Heimerziehung bislang nicht bei den Entschädigungen berücksichtigt wurden, ist in den vergangenen Monaten zunehmend in den Fokus gerückt. Evangelische und katholische Kirche sowie Diakonie und der Bundesverband evangelische Behindertenhilfe forderten eine Lösung. Das zuständige Bundesfamilienministerium lehnte eine

Öffnung des Fonds' aber ab. Stattdessen legte das Bundesarbeitsministerium ein Konzept für einen neuen Fonds vor, ließ auch bereits 20 Millionen Euro im Haushalt reservieren. Sie können freigegeben werden, wenn Länder und Kirchen wie auch beim ersten Heimkinderfonds den gleichen Anteil dazugeben.

Doch vor kurzem kam von den Ländern die Absage. Die Arbeits- und Sozialminister entschieden sich Ende November gegen einen Entschädigungsfonds für Opfer von Misshandlungen in Behinderteneinrichtungen der Nachkriegszeit. Die Ressortchefs schlugen alternative Wege vor und nannten konkret Regelungen über das Rentensystem oder das Opferentschädigungsrecht.

Rolf Neumann ist darüber wütend. »Es ist einfach ungerecht«, sagt er. Eine »schreiende Ungerechtigkeit« nennt das auch Dierk Starnitzke, Vorstand der Diakonischen Stiftung Wittekindshof, bei der Neumann bis heute betreut wird. Alle redeten von Inklusion, sagt er. »In Wirklichkeit aber ist unsere Gesellschaft an vielen Stellen noch auf Exklusion und Selektion angelegt«, erklärt er. Es sei ein Ausschluss von Menschen, »die sich nicht aus eigenen Kräften angemessen dagegen wehren können«, sagt Starnitzke.

Dass die Länder vor einem neuen Fonds zurückschrecken, liegt vielleicht auch an der Fehleinschätzung der bisherigen Töpfe. Die 120 Millionen Euro im zum Jahresende auslaufenden West-Heimkinderfonds werden wahrscheinlich nicht ausreichen. Bis Ende November wa-

ren nach Angaben des Bundesfamilienministeriums knapp 85 Millionen Euro ausgezahlt. Neben rund 10.000 bearbeiteten Anträgen warteten zu dem Zeitpunkt aber noch mehr als 6.000 Heimopfer auf Beratungen. Dass mit einer Aufstockung gerechnet wird, zeigt auch ein Beschluss der Synode der Evangelischen Kirche von Westfalen. Sie hat bereits Geld dafür zurückgestellt.

Noch drastischer ist der Unterschied zwischen Planung und Wirklichkeit im Ost-Heimkinderfonds, für den die Antragsfrist bereits Ende September ablief. Bund und Länder rechnen mit einer Aufstockung auf bis zu 200 Millionen Euro - von ursprünglich kalkulierten 40 Millionen Euro. Wie groß die Opfergruppen sind, wusste man vorher nicht. Auch über Opfer der Behindertenheime gibt es nach Angaben der Verbände keine seriösen Schätzungen.

Das Bundesarbeitsministerium verpricht indes, weiter nach einer Lösung für die Opfer in Behinderteneinrichtungen zu suchen. Man werde sich auch weiter für eine Fondslösung einsetzen, sagte eine Sprecherin. Wie dies nach dem Beschluss der Arbeits- und Sozialminister aussehen kann, bleibe aber abzuwarten.

Rolf Neumann wüsste schon, was er mit einer Entschädigung anfangen würde. »Ich würde mir am liebsten ein Notgeldkonto einrichten«, sagt er. Nach den bisherigen Fondsregelungen, bei denen konkrete Ausgaben nachgewiesen werden mussten, wäre dies zwar nicht möglich. Aber er hofft auf den Bundespräsidenten und die Kanzlerin.

Von Corinna Buschow (epd)

17.500 »Pegida«-Anhänger vor Dresdner Semperoper

Dresden/Bonn (epd). In Dresden sind am 22. Dezember rund 17.500 Anhänger der islamfeindlichen »Pegida«-Bewegung auf die Straße gegangen. Zwei Tage vor Heiligabend hatten die Veranstalter zum Weihnachtslieder-Singen auf dem Theaterplatz vor der Semperoper aufgerufen. Zu einer Gegendemonstration kamen rund 4.000 Menschen zusammen. Auch in anderen Städten demonstrierten »Pegida«-Anhänger und -Gegner. Die größte Gegenkundgebung fand in München statt, wo nach Polizeiangaben etwa 12.000 Menschen für Weltoffenheit und Toleranz demonstrierten.

Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) erklärte bei der Versammlung vor der Bayerischen Staatsoper: »Mit dieser Demonstration setzen wir ein Zeichen, dass München bunt ist und bleiben wird.« In der bayerischen Landeshauptstadt habe jeder dritte Einwohner einen Migrationshintergrund. »Wir möchten Flüchtlingen eine Heimat bieten«, betonte der Bürgermeister.

Als »großartiges Zeichen des Miteinanders« bezeichnete der Penzberger Imam Benjamin Idriz die Demonstration, die unter dem Motto »Platz da?! Flüchtlinge sind hier willkommen - Gemeinsam gegen Pegida, Rassismus und Hetze« vom Bündnis »Bellevue di Monaco« initiiert worden war. Deutschland werde nicht von der Islamisierung bedroht, sondern von einer »Vergiftung des menschlichen Klimas«.

In Bonn protestierten etwa 3.000 Menschen gegen die »Pegida«-Bewegung. Aufgerufen hatte dazu das Bündnis »Bonn stellt sich quer«. An einer Kundgebung des »Pegida«-Ablegers »Bogida« nahmen nach Polizeiangaben rund 300 Personen teil.

In Dresden hielten die »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) ihre bislang größte Demonstration ab. Auf Plakaten stand unter anderem »Gegen religiösen Fundamentalismus« und »Wir sind das Volk«. Die Demonstranten riefen immer wieder »Lügenpresse«.

Unions-Fraktionschef Volker Kauder (CDU) begrüßte, dass dabei Weihnachtslieder gesungen wurden. »Wer Weihnachtslieder singt, wird etwa daran erinnert, dass Jesus Christus im Stall geboren wurde, weil er keine



Mehrere tausend Menschen des islamkritischen Bündnisses »Pegida«

epd-Bild / Matthias Rietschel

Herberge gefunden hat«, sagte der CDU-Politiker in einem am Dienstag veröffentlichten Interview mit dem Onlineportal der »Welt«. »Ein Weihnachtsgebot lautet: Gebt Herberge.« Deswegen sei es »gut, dass die Menschen in Dresden Weihnachtslieder gesungen haben«, unterstrich der Fraktionsvorsitzende: »Ich hoffe, dass sie beim Singen der Weihnachtslieder gespürt haben, was der richtige Weg ist.«

Deutliche Kritik an den »Pegida«-Demonstrationen äußerte der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster. »Auch wenn sich diese Demonstrationen vorgeblich gegen Islamisierung richten, ist das nichts anderes als Fremdenfeindlichkeit«, sagte Schuster der »tageszeitung« vom Dienstag. Er habe ein großes Problem mit »dieser generalisierenden Ablehnung von Muslimen«.

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) ist nach eigener Aussage nicht erstaunt über den Zulauf für die islamfeindliche »Pegida«-Bewegung in Dresden. Ramelow sprach am Dienstag in MDR-Info von einem »seltsamen Klima« in der sächsischen Landeshauptstadt. Dort bekämen es eher jene mit der Justiz zu tun, die gegen Rechtsextremismus auf die Straße gingen. 2010 hätten Zehntausende von Bürgern bei Demonstrationen gezeigt, dass sie Dresden nicht den Nazis überlassen wollten. »Und als Dankeschön wurden viele Demonstranten mit Anklagen überzogen«, darunter er selbst, sagte Ramelow.

Kein Weihnachtsfrieden

Tausende »Pegida«-Anhänger versammeln sich in Dresden

Dresden (epd). Gegendemonstranten beamten »Dresden für alle« auf die Fassade der Semperoper. Still wechseln Riesen-Buchstaben und Symbole sich ab. Derweil hält »Pegida«-Chef Lutz Bachmann auf dem Platz vor der Dresdner Oper seine Rede. Die Masse jubelt ihm zu.

Rund 17.500 Anhänger des Bündnisses »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« haben sich nach Polizeiangaben am 22. Dezember auf dem Theaterplatz vor der Oper versammelt. Zwei Tage vor Heilig Abend singen sie gemeinsam Weihnachtslieder. Drei der schönsten haben sie sich ausgesucht: »Alle Jahre wieder«, »Stille Nacht« und »O, du fröhliche«. Trotz Liedblatt klingt die »Stille Nacht« etwas dünn. Der Wind erledigt den Rest, verschluckt Silben und Wörter.

Die Stimmung ist dennoch aufgeheizt. Gehetzt wird gegen Politiker und Journalisten. »VolksverGauckelung« steht auf einem Plakat, auf einem anderen »Gegen religiösen Fanatismus« oder »Wacht auf«, »Schluss mit Lug und Trug«. Ein Teilnehmer hat gedichtet: »Stille Nacht, heilige Nacht. Der Bundestag schläft. Pegida wacht«. Namen von Redakteuren werden öffentlich genannt, gegen die man nun sein sollte, weil sie etwas vermeintlich Falsches aufgeschrieben haben.

Es ist Montag in Dresden und tausende Menschen demonstrieren gegen die Politik, die Parteien, Asylbewerber, den Islam und die Presse - zum nunmehr zehnten Mal. »Wir sind ein überparteiliches Bündnis«, schreit Bachmann, und: »Deutschland ist kein Zuwanderungsland«. Seine Anhänger antworten mit »Wir sind das Volk« und skandieren lauthals »Lügenpresse, Lügenpresse«. Wie in den neun Wochen zuvor wendet sich das »Pegida«-Bündnis gegen eine angebliche »Überfremdung« des Landes und will ein schärferes Asylgesetz. Opernbesucher laufen eilig

an der grölenden Masse entlang, einige sind verängstigt. In Abendkleidung huschen sie schnell vorbei. Der Haupteingang ist allerdings verschlossen. Es geht nur durch den Seiteneingang zur Kunst. Das merken auch die vier Japaner als sie vor verschlossenen Türen stehen.

Inzwischen versuchen »Pegida«-Anhänger vergeblich den Beamer der Gegendemonstranten mit einer Fahne abzudecken. Auch an der Zwinger-Galerie, die den Theaterplatz an einer Seite begrenzt, sind jetzt Friedensbotschaften zu lesen: »Für eine weltoffene Gesellschaft - Menschenrechte sind nicht teilbar.«

Dafür haben auch mehrere hundert Christen an diesem Abend in der Kreuzkirche gebetet. Sachsens Landesbischof Jochen Bohl kritisiert am Rande das Weihnachtslieder-Singen der »Pegida« als Instrumentalisierung christlicher Traditionen.

Vor der Oper wird es kurz unruhig. Vom benachbarten Schloßplatz, wo das Bündnis »Dresden Nazifrei« rund 4.500 Menschen vereint, dringen einige Gegendemonstranten bis zum »Pegida«-Lautsprecherwagen vor. Die Polizei hat die Lage schnell wieder unter Kontrolle. Fast 700 Beamte sind im Einsatz an diesem Abend. Der Polizei zufolge ist ein 17-Jähriger, der mit zwei Begleitern auf dem Weg zur Gegendemonstration war, leicht verletzt worden. Ein Unbekannter habe aus einer Personengruppe heraus den Jugendlichen geschlagen, heißt es am Abend. Die Polizei hat die Ermittlungen wegen Körperverletzung aufgenommen. Außerdem ist der Polizei zufolge die Identität von insgesamt 19 Personen festgestellt und sind Platzverweise ausgesprochen worden. Nächste Woche macht »Pegida« Weihnachtspause. Am 5. Januar will sie in Dresden jedoch wieder mobilisieren.

Von Katharina Rögner (epd)

DJV Sachsen

Rechtliche Schritte gegen »Pegida« nicht ausgeschlossen

Dresden (epd). Der DJV Sachsen ist besorgt über zunehmende Hetze gegen Journalisten auf den »Pegida«-Kundgebungen in Dresden und will notfalls auch rechtliche Schritte prüfen. Insbesondere die »Lügenpresse«-Rufe empfänden viele Journalisten als Bedrohung, sagte der Geschäftsführer des Deutschen Journalisten-Verbandes

(DJV) im Freistaat, Michael Hiller, am Dienstag dem Evangelischen Pressedienst (epd). »Dass am Montag im Rahmen eines Medien-Rankings sogar Namen von Journalisten genannt wurden, ist nicht hinnehmbar«, fügte er hinzu.

Die »Pegida«-Bewegung habe sich in den vergangenen Wochen der Recherche verweigert und eine sachliche Berichterstattung oftmals unterbunden, sagte er weiter. »Offensichtlich verstehen einige 'Pegida'-Vertreter unter dem Grundrecht der Meinungs- und Pressefreiheit nur das Recht auf die eigene Meinung«, kritisierte DJV-

Landesgeschäftsführer Hiller. Er kündigte an, der DJV Sachsen werde den Umgang mit Medienvertretern bei den Kundgebungen weiter verfolgen. Zur bislang größten Demonstration der »Patriotischen Europäer gegen die

Islamisierung des Abendlandes« (»Pegida«) waren am 22. Dezember in Dresden 17.500 Menschen zusammengekommen.

Kritik an »Pegida« geht weiter

170.000 Unterschriften gegen fremdenfeindliche Bewegung

Berlin/Frankfurt a.M. (epd). Die islam- und fremdenfeindliche »Pegida«-Bewegung löst unvermindert heftige Diskussionen aus. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Heinrich Bedford-Strohm, sagte, man müsse den Demonstranten klar machen, dass ihre Ängste unbegründet seien. Sachsens Landesbischof Jochen Bohl zeigte sich zu Gesprächen mit der Bewegung bereit. Bedenken äußerte die Ostbeauftragte der Bundesregierung Iris Gleicke (SPD) über die Dresdner Kundgebungen. Unterdessen entwickelt sich eine Online-Petition gegen »Pegida« zum Internethit: Bis Sonntagnachmittag wurden über 170.000 Unterschriften gezählt.

Der Aufruf »Für ein buntes Deutschland« war am Tag vor Heiligabend von einem Privatmann aus Hannover, Karl Lempert, auf change.org gestartet worden. Sein Ziel sind eine Million Unterschriften. »Die Aktion geht derzeit durch die Decke«, sagte change.org-Deutschlandchef Gregor Hackmack dem epd. Die Organisation stellt die Plattform für Online-Petitionen zur Verfügung.

In Lemperts Aufruf heißt es: »Jetzt ist die Zeit zu bekennen, dass 'Wir sind das Volk!' unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion oder was auch immer gilt und weiter gelten muss.« Eine solch deutliche Unterstützung von Internet-Petitionen gebe es »sehr selten«, sagte Hackmack. Es handele sich um eine Initiative, »die sehr stark mobilisiert«. Viele Menschen hätten offenbar ein Ventil gesucht, um zu zeigen, dass sie nicht hinter »Pegida« stünden.

Seit Oktober protestieren die sogenannten »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) in Dresden und andernorts gegen eine vermeintliche Islamisierung Europas und die deutsche Flüchtlingspolitik. An der jüngsten Versammlung nahmen kurz vor Weihnachten 17.500 Menschen teil. Die nächste Kundgebung ist für 5. Januar geplant.

Besorgt zeigte sich die Ostbeauftragte Gleicke über die »Pegida«-Bewegung: »Das ist kaum zu verstehen in einer Gesellschaft, in der noch vor gut 25 Jahren viele

Menschen selber entweder auf der Flucht oder zumindest von dem Wunsch beseelt waren, in einer anderen, besseren und freien Welt zu leben«, sagte die aus Thüringen stammende Politikerin dem epd. Zudem seien Muslime in Dresden eine verschwindend geringe Minderheit. Deutschland brauche »selbstverständlich« auch Zuwanderung aus dem Ausland. »Was wir ganz bestimmt nicht brauchen, sind Neonazis oder rechtspopulistische Holz- und Wirrköpfe«, sagte Gleicke. Beim Thema Zuwanderung erwarte sie deshalb auch von der Wirtschaft ein klares Engagement gegen Rechtsextremismus.

Der EKD-Ratsvorsitzende Bedford-Strohm nannte es »unerträglich, wenn Menschen da auf die Straße gehen gegen noch Schwächere«. Dies müsse man klar verurteilen. Der bayerische Landesbischof sprach sich zugleich für »Begegnungsräume« mit Zuwanderern aus, bei denen »Menschen wirklich Flüchtlinge kennenlernen«. Auch Sachsens Landesbischof Bohl will den Dialog mit den Demonstranten suchen. »Für uns als Kirche ist es selbstverständlich, dass wir dazu bereit sind und wir können uns auch vorstellen, Angebote zu unterbreiten«, sagte er. Vorstellbar sei ein Forum nach Art des »Runden Tisches«.

Zuvor hatten sich bereits mehrere Vertreter aus Politik und Kirche für einen Dialog mit »Pegida« ausgesprochen. Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Safer Cinar, kritisierte die Gesprächsangebote deutlich. »Was für ein Dialog ist gemeint: Sollen wir den Demonstranten sagen, dass Muslime auch Menschen sind?« sagte er dem Berliner »Tagesspiegel am Sonntag«. Wer hier für Verständnis plädiere, bestärke die Anhänger der Bewegung. Auch die Hilfsorganisation Pro Asyl warnte davor, die Flüchtlingspolitik an rechtspopulistischen Strömungen auszurichten. »Wer nach rechts schießt und seine Politik danach ausrichtet, leitet Wasser auf die Mühlen der Rechten«, sagte Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt.

Widerstand gegen »Pegida« nimmt zu

Berlin (epd). Die »Pegida«-Bewegung erhält zunehmend Gegenwind. Neben fremdenfeindlichen Äußerungen sorgen auch Hetzparolen gegen Journalisten für Empörung. Parallel zur bislang größten Demonstration der rechtspopulistischen Initiative in Dresden waren am 22. Dezember in mehreren deutschen Städten Tausende für Weltoffenheit und Toleranz auf die Straße gegangen. Allein in München versammelten sich 12.000 »Pegida«-Gegner.

Der Theologe Friedrich Schorlemmer warf den »Pegida«-Anhängern vor, jeden Dialog zu verweigern, weil sie kein Konzept und Angst hätten, demaskiert zu werden. Die Verwendung von Parolen der DDR-Opposition wie »Wir sind das Volk« sei »unverschämt, frech, geschmacklos und missbräuchlich«, sagte Schorlemmer am Dienstag im Deutschlandfunk. Der Freiheitsruf von 1989 sei gegen die Mächtigen von damals gerichtet gewesen, und damit sei ein Dialog zu grundlegenden Veränderungen eingefordert worden. Ähnlich äußerten sich mehr als 50 frühere DDR-Bürgerrechtler in einer Erklärung.

An der bislang größten Demonstration der »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) hatten am 22. Dezember in Dresden etwa 17.500 Menschen teilgenommen. Zu einer Gegenkundgebung in der sächsischen Landeshauptstadt kamen 4.000 Menschen. Die »Pegida«-Demonstranten machten erneut ihrem Ärger gegenüber der Presse Luft. Dabei prangerten sie namentlich Journalisten an, die kritisch über die Bewegung berichtet hatten.

Der Deutsche Journalisten-Verband reagierte empört auf die Vorfälle. »Der tausendfach skandiierte Ruf 'Lügenpresse' ist schon schlimm genug, stellt er doch die Grundwerte des kritischen Journalismus in Frage«, sagte DJV-Sprecher Hendrik Zörner. »Wenn jetzt auch noch die Namen von unbequemen Journalisten verlesen werden, stellen die 'Pegida'-Demonstranten damit alle Journalisten an den Pranger, die nicht nach ihrer Pfeife tanzen.«

Leipzig mobilisiert gegen »Pegida«-Ableger

Leipzig (epd). In Leipzig hat ein Bündnis aus verschiedenen Gruppen zu Demonstrationen gegen eine geplante Kundgebung eines »Pegida«-Ablegers aufgerufen. Die Bewegung »Leipzig gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Legida) will Mitte Januar erstmals demonstrieren. Bereits jetzt formiere sich gegen die Veranstaltung ein

Unions-Fraktionschef Volker Kauder (CDU) begrüßte, dass bei der Demonstration Weihnachtslieder gesungen wurden. »Wer Weihnachtslieder singt, wird etwa daran erinnert, dass Jesus Christus im Stall geboren wurde, weil er keine Herberge gefunden hat«, sagte der CDU-Politiker dem Onlineportal der »Welt«. »Ich hoffe, dass sie beim Singen der Weihnachtslieder gespürt haben, was der richtige Weg ist«, fügte er hinzu.

Der hannoversche Landesbischof Ralf Meister bezeichnete dagegen das Singen von Weihnachtsliedern bei der Demonstration als »zutiefst geschmacklos«. »Pegida« sei ein klares Symbol der Ausgrenzung, sagte Meister dem Nordwestradio in Bremen. Erschrocken zeigte sich die Türkisch-Islamische Union (Ditib). Diese Demonstrationen seien »eine große Gefahr für uns alle, auch für die Integration in Deutschland«, sagte Ditib-Vorstandssprecher Bekir Alboga dem Evangelischen Pressedienst (epd).

Ablehnung kam auch vom Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster. »Auch wenn sich diese Demonstrationen vorgeblich gegen Islamisierung richten, ist das nichts anderes als Fremdenfeindlichkeit«, sagte Schuster der »tageszeitung« (Dienstausgabe). Er habe ein großes Problem mit »dieser generalisierenden Ablehnung von Muslimen«.

Der Berliner Bischof Markus Dröge rief dazu auf, die Proteste ernst zu nehmen. Er habe sich die 19 Punkte der »Pegida«-Erklärung angesehen, sagte der evangelische Theologe der »Berliner Zeitung« (Dienstausgabe). Er sei dabei erstaunt gewesen, »wie schlicht und harmlos die meisten Forderungen« seien.

Neben der großen Gegendemonstration in München hatten in Bonn am 22. Dezember etwa 3.000 Menschen gegen »Pegida« protestiert. An einer Kundgebung des »Pegida«-Ablegers »Bogida« nahmen nach Polizeiangaben rund 300 Personen teil. In Kassel demonstrierten rund 2.000 Menschen gegen Fremdenfeindlichkeit und die Gruppe »Kagida«.

breiter Widerstand, teilte das Aktionsnetzwerk »Leipzig nimmt Platz« am Sonntag mit.

In einem Aufruf des Netzwerks heißt es, »Pegida«/»Legida« wende sich gegen Politik sowie Medien und mache sich die Verunsicherung weiter Teile der Bevölkerung zunutze. »Es bleibt abzuwarten ob die dumpfen Ressentiments gegen alles vermeintlich Fremde auch in Leipzig

auf nennenswerte Zustimmung treffen«, betonte Juliane Nagel vom Bündnis »Leipzig nimmt Platz«. Gegen die »Legida«-Demonstration würden derzeit Veranstaltungen der Initiativen »Refugees Welcome«, »Weltoffenes Gohlis«,

der Kirchen und durch das »Bündnis 8. Mai« vorbereitet. *Die Gegendemonstration zum Legida-Protest beginnt am Montag, 12. Januar, um 18.30 Uhr an der Red-Bull-Arena.*

Dresdner Journalist Wolf: »Ich werde immer hinterfragen«

Dresden (epd). Der von den »Pegida«-Initiatoren für seine Berichterstattung kritisierte Dresdner Journalist Ulrich Wolf hat das sogenannte Wächteramt der Medien betont. Es obliege der Presse, Sümpfe trocken zu legen, sagte Wolf am Dienstag in Dresden dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Dresden. Der Journalist der »Sächsischen Zeitung« war am 22. Dezember bei einer »Pegida«-Demonstration öffentlich benannt und beschimpft worden.

»So wie ich es mein Leben lang getan habe, werde ich immer hinterfragen«, sagte Wolf auf Anfrage. Das betreffe sowohl Entwicklungen als auch Personen.

»Pegida« produziere immer »neue Feindbilder«. Er könne jedoch nicht erkennen, dass sich die Organisatoren der »Pegida«-Demonstrationen in Dresden etwa ehrenamtlich betätigen, um - von ihnen oft benannte - gesellschaftliche Missstände abzubauen. Das mache die Initiative für ihn nicht glaubwürdig, sagte Wolf. Als Christ vertraue er in diesem Jahr ganz besonders auf

die Weihnachtsbotschaft. Er fühle sich wie einer der Hirten auf dem Feld, dem die Engel laut biblischer Weihnachtsgeschichte zuriefen: »Fürchtet euch nicht!«, sagte Wolf. Die Pressefreiheit sieht er indes nicht in Gefahr. »Die Demokratie wird das aushalten müssen«, so der Journalist.

Der Deutsche Journalisten-Verband reagierte am Dienstag empört darauf, dass bei der »Pegida«-Demonstration am 22. Dezember in Dresden Namen von Redakteuren genannt wurden, die etwas vermeintlich Falsches über die Bewegung geschrieben haben. Der Verband sieht das Verhältnis der »Pegida«-Anhänger zum Grundrecht der Pressefreiheit gestört.

Zur bislang größten Demonstration der »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (»Pegida«) waren am 22. Dezember in Dresden 17.500 Menschen zusammengekommen.

epd-Gespräch: Katharina Rögner

Woidke ruft zum Engagement für Flüchtlinge auf

Wandlitz (epd). Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hat die Einwohner des Bundeslandes aufgerufen, sich für Flüchtlinge zu engagieren. Beispielhaft dafür sei der Ort Wandlitz bei Bernau mit seinem Runden Tisch »Willkommen«, erklärte Woidke am 22. Dezember bei einem Besuch des Flüchtlingswohnheims im Ort. In der Gemeinde sei inzwischen ein ganzes Netzwerk entstanden, in dem sich Einwohner für die Integration von Flüchtlingen in den Alltag einsetzen. Auch die Behörden würden dort sehr umsichtig handeln.

Die Bürger vor Ort müssten rechtzeitig informiert werden, welche Pläne es für die Unterbringung von Flüchtlingen gibt und welches Schicksal die Menschen haben, die dort Schutz und Obhut suchen, betonte Woidke weiter. Nur so könnten Vorurteile und Ängste abgebaut und Toleranz und Verständnis für Flüchtlinge erreicht werden. So könne zudem auch verhindert werden,

»dass Rechtsextremisten und Rechtspopulisten den Ton angeben«.

Die Landesregierung hatte in der vergangenen Woche bereits mit einem Appell für Mitmenschlichkeit und Toleranz zum Engagement für Flüchtlinge aufgerufen. Auch der Landtag hatte sich mit den Stimmen von SPD, Linken, CDU und Grünen für eine Willkommenskultur ausgesprochen, die AfD lehnte den Antrag ab.

In Ferch bei Potsdam sollten am 22. Dezember auch die ersten rund 50 Flüchtlinge in die neue Außenstelle der Erstaufnahmeeinrichtung Eisenhüttenstadt einziehen. Die Zahl der Plätze zur Erstaufnahme sollen wegen steigender Flüchtlingszahlen von insgesamt rund 1.700 auf 3.000 erweitert werden. Von der Erstaufnahmeeinrichtung aus werden die Asylsuchenden später nach einem festgelegten Schlüssel auf die Landkreise verteilt.

www.brandenburg.de

Gauck lobt Engagement für Flüchtlinge

Berlin (epd). Politik und Kirchen werben an Weihnachten für ein weltoffenes Deutschland und wenden sich angesichts der »Pegida«-Demonstrationen gegen Fremdenfeindlichkeit und Abschottung vor Flüchtlingen. Ohne »Pegida« zu nennen, lobte Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Weihnachtsansprache die Offenheit großer Teile der Bevölkerung für Flüchtlinge und Zuwanderer. »Dass wir mitfühlend reagieren auf die Not um uns herum, dass die Allermeisten von uns nicht denen folgen, die Deutschland abschotten wollen, das ist für mich eine wahrhaft ermutigende Erfahrung dieses Jahres«, sagte er laut Redemanuskript.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sieht die »Pegida«-Demonstrationen als Folge eines Politikversagens. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, sagte, pauschaler Hass auf den Islam sei durch nichts zur rechtfertigen.

An der bislang größten Demonstration der »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) hatten am 22. Dezember in Dresden etwa 17.500 Menschen teilgenommen. Die seit mehreren Wochen in verschiedenen Städten andauernden Proteste gegen den Islam und die deutsche Flüchtlingspolitik stoßen inzwischen auf wachsenden Widerstand: Allein in München versammelten sich am 22. Dezember 12.000 »Pegida«-Gegner.

Gauck lobte das Engagement der Deutschen für Flüchtlinge. Das sei »ein deutliches Zeichen für die Menschlichkeit in unserer Gesellschaft«. Deutschland sei heute ein Land des Friedens. »Wo wir dazu beitragen können, dass Frieden erhalten oder gestiftet, dass Leid gelindert und eine bessere Zukunft gebaut werden kann, sollten wir alles tun, was in unserer Macht steht«, sagte er.

Bundesfinanzminister Schäuble sagte der in Düsseldorf erscheinenden »Rheinischen Post« (Mittwochsausgabe), viele Menschen hätten das Gefühl, »dass sie sich in der institutionell verfassten Politik nicht wiederfinden«.

»Die Politik muss zuhören und argumentieren«, forderte er. »Diejenigen aber, die als Partei wie die 'Alternative für Deutschland' (AfD) oder als Organisatoren von 'Pegida' bewusst fremdenfeindliche Ressentiments schüren, die muss man wirklich bekämpfen«, fügte Schäuble hinzu.

Der EKD-Ratsvorsitzende Bedford-Strohm verurteilte in einem Interview mit dem Bremer »Weser-Kurier« (Mittwochsausgabe) pauschale Islamophobie. Sie sei durch nichts zu rechtfertigen. Dem »Kölner Stadt-Anzeiger« (Mittwochsausgabe) sagte er: »Wenn Muslime hier pauschal als Bedrohung dargestellt werden, ist das unvereinbar mit christlichen Werten und der Menschenliebe Jesu Christi.«

Der evangelische Landesbischof der Nordkirche, Gerhard Ulrich, hat kein Verständnis für »Pegida«-Demonstrationen. Sie seien geleitet von »diffusen Ängsten vor Überfremdung«, erklärte Ulrich in seiner Weihnachtsbotschaft. Fremdenfeindlichkeit und sogar Rassismus kämen zum Vorschein. »Da werden Fremde verurteilt, die man so wenig kennt wie ihre Kulturen und Religionen«, kritisierte Ulrich, der auch Leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) ist.

Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Alois Glück, warnte vor einem Pauschalurteil über »Pegida«-Demonstranten. »Einzelne, gerade unter den Initiatoren, schüren hier auch Fremdenhass. Aber es wäre ein großer Fehler, alle in eine Ecke zu schieben«, sagte Glück der »Passauer Neuen Presse« (Mittwochsausgabe): »Das würde die Gefolgschaft nur vergrößern.« Im rechtsextremistischen Spektrum gebe es schon seit jeher das »Phänomen der getarnten Bürgerlichkeit«.

Unter den Demonstranten seien »auffällig viele bürgerliche, gut situierte Menschen mit dabei«, sagte Glück. Gefährlich werde es, wenn rechtsextremistische Organisatoren versuchen, Ängste zu instrumentalisieren und Stimmung machen gegen Menschen anderer kultureller und religiöser Prägung.

Ostbeauftragte Gleicke: Unternehmen müssen sich an Bürgerbündnissen gegen Rechtsextremismus beteiligen

Berlin (epd). Die Ostbeauftragte Iris Gleicke dringt auf ein stärkeres Engagement der Wirtschaft gegen Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit. Sie erwarte von den Unternehmen, dass sie sich klarer engagierten und mitmachten bei den Bürgerbündnissen gegen Rechtsextremismus, sagte die SPD-Politikerin dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Berlin. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium fügte hinzu: »Die vielbeschworene Willkommenskultur muss Teil unserer Wirtschaftskultur werden.«

Angesichts der demografischen Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern sei selbstverständlich Zuwanderung aus dem Ausland nötig. »Dafür brauchen wir eine offene Gesellschaft in den ostdeutschen Ländern«, unterstrich Gleicke. Dies bedeute etwa, sich mit den Zugezogenen auseinanderzusetzen, nicht nur mit ihrer Rolle als Fachkraft und Arbeitskraft. »Mancherorts sind in Ostdeutschland ausländische Fachkräfte angeworben und dann vor Ort allein und im Stich gelassen worden - das geht so nicht«, sagte die SPD-Politikerin. Um Zugezogenen das Gefühl einer Willkommenskultur zu geben, seien auch kleinen Gesten wie die Einladung auf ein Feierabendbier hilfreich.

Besorgt äußerte sich die aus Thüringen stammende SPD-Politikerin über die »Pegida«-Demonstrationen gegen eine vermeintliche Islamisierung in Dresden: »Das ist kaum zu verstehen in einer Gesellschaft, in der noch vor gut 25 Jahren viele Menschen selber entweder auf der Flucht oder zumindest von dem Wunsch beseelt waren, in einer anderen, besseren und freien Welt zu leben.«

Zudem seien Muslime in Dresden eine verschwindend geringe Minderheit. »Insgesamt muss man da auf jeden Fall gegenhalten, eben auch vonseiten der Wirtschaft«, sagte Gleicke.

Vorsichtig hoffnungsvoll äußerte sich Gleicke in dem epd-Gespräch zur demografischen Entwicklung in Ostdeutschland. Von einer Trendwende könne trotz des positiven Wanderungssaldos im Jahre 2013 zwar noch nicht gesprochen werden: »Es gibt sehr unterschiedliche Entwicklungen, die gleichzeitig ablaufen.« Aber Berlin ziehe Leute an, auch Dresden und andere Städte. Die ostdeutschen Universitäten und Fachhochschulen erfreuten sich großen Zulaufs. In anderen Regionen allerdings halte die Abwanderung an.

Dabei hätten sich die Perspektiven in Ostdeutschland durch den Fachkräftemangel verbessert. Junge Leute hätten jetzt eher die Möglichkeit, sich auszusuchen was sie machen wollen. Da es in einigen Regionen inzwischen einen Männerüberschuss von 25 Prozent gebe, müsse vor allem geschaut werden, dass auch Frauen dort berufliche Perspektiven finden. Klar sei aber auch, dass die Entwicklung in Regionen mit einer hohen Abwanderung nicht innerhalb einer Generation komplett umgedreht werden könne. »In einem ersten Schritt müssen wir dafür sorgen, dass solche Regionen nicht dauerhaft abgehängt werden«, sagte Gleicke. Dies schließe neue und intelligente Lösungen für die öffentliche Daseinsvorsorge in zunehmend dünner besiedelten Regionen ein: »Da ist der Osten Deutschlands tatsächlich schon an vielen Stellen Vorreiter.« *epd-Gespräch: Jens Büttner*

Landtagspräsident wirbt für Unterstützung von Flüchtlingen

Erfurt (epd). Thüringens Landtagspräsident Christian Carius hat für die Unterstützung von Flüchtlingen geworben. Die Konflikte besonders in Syrien, aber auch in anderen Ländern hätten zahllose Menschen aus ihrer Heimat vertrieben, sagte der CDU-Politiker am Dienstag in einer Weihnachtsansprache. Bis Jahresende würden rund 200.000 Asylanträge in Deutschland erwartet. Bis zu 7.000 Flüchtlinge seien es 2014 allein in Thüringen, die Schutz vor Verfolgung suchen. »Wir wollen diese Menschen gut aufnehmen, wie wir uns um alle Menschen im Freistaat kümmern müssen, die in Not geraten sind und Hilfe benötigen«, sagte Carius.

Die Sicherheit, die Menschen hier finden würden, habe viel mit politischer Stabilität zu tun. Zu dieser Beständigkeit zähle auch »der geordnete Wandel«, betonte Carius. So habe sich im Herbst der neu gewählte, sechste Thüringer Landtag konstituiert, und seit Anfang Dezember sei eine neue Landesregierung im Amt. Bei vielen Menschen habe die Regierungsbildung Unruhe und Sorge ausgelöst, räumte Carius ein.

Zugleich sei es selbstverständlich, dass der Landtag mit Bodo Ramelow (Linke) den Ministerpräsidenten gewählt hat. Zwar gehöre die Streitbare Auseinandersetzung zu einer lebendigen Demokratie. »Doch auch Besonnen-

heit, Respekt und Fairness sind politische Tugenden«, fügte Carius hinzu.

Zudem würdigte der Landtagspräsident den Mut der Menschen bei der friedlichen Revolution in der DDR vor 25 Jahren. Sie hätten damals nur mit Kerzen in den Händen den scheinbar übermächtigen Unterdrückungsapparat der SED-Diktatur überwunden. Dies zähle zu den größten Momenten der deutschen Geschichte.

Weihnachten sollte vor allem an jene Menschen gedacht werden, die der Zuwendung bedürfen und die einsam seien, krank oder in Trauer. »Alle sollen teilhaben an der Helligkeit dieser Tage, in der die frohe Weihnachtsbotschaft aufscheint«, sagte Carius. Seine Ansprache wurde am Abend vom Mitteldeutschen Rundfunk im Fernsehen und im Hörfunk ausgestrahlt.

Leipziger Online-Initiative zu Winterabschiebestopp

Leipzig/Dresden (epd). Die Leipziger Thomaskirchenpfarrerin Britta Taddiken und der Schriftsteller Andreas Knapp haben eine Online-Petition gegen Winterabschiebungen von Asylbewerbern in Sachsen gestartet. »Auch in diesem Winter werden wieder Asylsuchende aus Sachsen eiskalt abgeschoben - ohne Rücksicht auf die harten winterlichen Bedingungen ihrer Herkunftsländer«, teilten die beiden Initiatoren am Dienstag in Leipzig mit.

Besonders betroffen seien Roma aus Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien. Alarmierend sei diese Praxis auch deshalb, weil Sachsen »den traurigen

Rekord« halte und im bundesweiten Vergleich die meisten Abschiebungen durchsetzt.

Die Weihnachtskampagne der beiden Leipziger wurde am 21. Dezember bei der Plattform »Open Petition« gestartet. Die sächsische Landesregierung wird darin aufgefordert, dem Beispiel von Schleswig-Holstein und Thüringen zu folgen und einem Winterabschiebestopp zuzustimmen. Die Petition erinnert an die Not der Herbergssuche von Maria und Josef, die am erzählerischen Anfang des Weihnachtsfestes steht und »heute unsere Solidarität herausfordert«, hieß es.

Sachsen investiert 65 Millionen Euro mehr in freie Schulen

Dresden (epd). Private Schulen in Sachsen werden künftig vom Land stärker mitfinanziert. In 2016 steigen die Zuschüsse des Freistaates für freie Träger um 65 auf 320 Millionen Euro, teilte das sächsische Kultusministerium am Dienstag in Dresden mit. Im Jahre 2018 wachsen die staatlichen Gelder voraussichtlich um 68 auf dann 344 Millionen Euro an.

Das Sächsische Verfassungsgericht hatte Teile des bisherigen Gesetzes als nicht verfassungskonform bezeichnet und verlangt, bis Ende 2015 eine Novellierung vorzulegen. Das Kultusministerium hatte angekündigt, das Gesetz bereits im August 2015, und damit vor Beginn des neuen Schuljahres, in Kraft treten zu lassen.

Nach dem nun vom Kabinett zur Anhörung freigegebenen Entwurf würden die freien Träger für die Personalausgaben ihrer Lehrer künftig rund 90 Prozent des Gehaltes von Lehrern an öffentlichen Schulen erhalten, erklärte Kultusministerin Brunhild Kurth (CDU). Bisher waren es nur 80 Prozent. Ausnahme seien die privaten Förderschulen. Diese würden gleich behandelt und sollen 100 Prozent der Personalausgaben an öffentlichen Schulen bekommen.

Der Entwurf für das neue Gesetz für Schulen in freier Trägerschaft »erleichtert die Gründung von freien Schulen und verschafft ihnen deutlich höhere staatliche Zuschüsse«, erklärte Kurth weiter. Die Finanzierung der freien Schulen erfolge wie bisher nach dem sogenannten Drei-Säulen-Modell. Es besteht aus staatlichen Zuschüssen, Elternbeiträgen und Eigenleistungen des Schulträgers.

Die Zuschüsse für Sachausgaben orientierten sich künftig an den tatsächlichen Ausgaben für die öffentlichen Schulen auf Grundlage der Daten des Statistischen Landesamtes, hieß es. Insgesamt steigen dem Ministerium zufolge die staatlichen Zuschüsse (Schülersatz) für die allgemeinbildenden Privatschulen um durchschnittlich 1.000 Euro pro Schüler und Schuljahr.

Weiterhin werde die bisherige Wartefrist bis zur vollen staatlichen Finanzierung nach Gründung einer freien Schule von vier auf drei Jahre verkürzt, hieß es. Zudem erhalten die freien Schulen bereits bei Aufnahme des Schulbetriebes einen Zuschuss von 40 Prozent des Schülersatzes. Zusätzlich bekomme der private Schulträger rückwirkend nach Ablauf der Wartefrist weitere 40 Prozent des Schülersatzes in drei

Jahresscheiben nachgezahlt. Im Schuljahr 2013/2014 gab es dem Ministerium zufolge in Sachsen 385 allgemein-

bildende und berufsbildende Privatschulen mit insgesamt 60.456 Schülern.

Baaske schließt neue Zuschussregeln für freie Schulen aus

Potsdam (epd). Brandenburgs Bildungsminister Günter Baaske (SPD) hat eine Rücknahme der 2011 vom Landtag beschlossenen Zuschusskürzungen für die freien Schulen ausgeschlossen. »Wir werden das Gesetz, das die Zuschüsse für die freien Schulen regelt, definitiv nicht mehr ändern«, sagte Baaske der »Märkischen Allgemeinen Zeitung« (22. Dezember) in Potsdam. Das Landesverfassungsgericht hatte die Regelungen Mitte Dezember bestätigt und Ansprüche einzelner Privatschulen auf Sicherung ihrer Existenz durch den Staat zurückgewiesen.

Freie Schulen seien zum Teil auch dort gegründet worden, wo wegen mangelnder Schülerzahlen öffentliche Bildungseinrichtungen geschlossen werden mussten, sagte Baaske: »Warum sollen wir jetzt finanzieren, was wir uns vorher schon nicht mehr leisten konnten?« Viele freie Schulen leisteten zwar Großartiges, dafür sei er auch dankbar, betonte der Minister. Wo Geldprobleme auftraten, seien jedoch die Schulträger gefragt, »die restliche Finanzierung zu stemmen«.

Vertriebenen-Präsident kritisiert Repressionen gegen Deutsche auf der Krim

Berlin (epd). Der Bund der Vertriebenen (BdV) hat sich besorgt über die Lage der deutschen Minderheit auf der Halbinsel Krim geäußert. Sie sei Repressionen ausgesetzt, die vor der Annexion der Krim durch Russland nicht bestanden hätten, sagte Verbandspräsident Bernd Fabritius dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Berlin. »Sie müssen die russische Staatsangehörigkeit annehmen. Im Alltag können sie ihre Sprache nicht mehr so anwenden wie gewohnt«, kritisierte er. Zudem gebe es Einschränkungen in der Versammlungsfreiheit.

Fabritius nannte als Beispiel den Vorsitzenden des Rates der Deutschen in der Ukraine, Vladimir Leysle, der auf der Krim gelebt habe. »Er weigerte sich, die russische Staatsangehörigkeit anzunehmen, und musste deshalb sein Haus auf der Krim wie auch seine dort ansässige Firma aufgeben«, sagte der CSU-Politiker, der im Europaausschuss des Bundestages Berichterstatter für die Ukraine ist.

Die Argumentation Russlands, mit der Besetzung der Krim die eigene Minderheit schützen zu wollen, nannte Fabritius »lächerlich«. »Das ist ein von Russland in die Welt gesetztes Märchen«, sagte der Jurist, der selbst als Angehöriger der deutschen Minderheit in Rumänien 1984 nach Deutschland ausgewandert ist. Wenn es Probleme mit Minderheiten gebe, habe der Europarat, deren Mitglied

Russland ist, ausreichend Handlungsinstrumente. »Es gibt aber kein einziges Verfahren vor dem Europarat, in dem Russland die russische Minderheit in der Ukraine schützen wollte«, betonte Fabritius.

Der 49-Jährige war Anfang November zum Nachfolger der langjährigen Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach gewählt worden. Es bleibe eine wichtige Aufgabe, die Erinnerung an das Vertreibungsschicksal als Teil der gesamtdeutschen Biografie festzuschreiben, sagte er mit Blick auf sein neues Amt. Das habe auch angesichts der neuen Herausforderungen eine große Bedeutung. Der Terror des »Islamischen Staates« (IS) führe »zu katastrophalen Flüchtlingswellen«. Der BdV habe Empathie mit den Opfern und daher seine Beratungsstellen auch für Flüchtlinge aus der heutigen Zeit geöffnet, erklärte Fabritius.

Mit Sorge betrachte er die derzeitigen asylfeindlichen Demonstrationen wie von »Pegida« in Dresden, sagte Fabritius. Zum Teil vorhandene Ängste würden von »Rattenfängern« instrumentalisiert. »Ich weigere mich aber zu sagen, alle, die da mitmachen, sind Rechtsradikale und Islamfeinde«, ergänzte er. Es seien zum Teil ganz normale Menschen, »denen wir Politiker Antworten auf ihre Ängste geben müssen«.

epd-Gespräch: Corinna Buschow und Lukas Philippi

Briefkasten von KZ-Gedenkstätte Langenstein gesprengt

Halberstadt (epd). Unbekannte Täter haben mit Silvesterböllern den Briefkasten der KZ-Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge bei Halberstadt gesprengt. Die Tat sei am Samstag gemeldet worden, teilte die Polizei am Sonntag mit. Wann der Angriff erfolgte, sei allerdings nicht bekannt. Es soll bereits der dritte Briefkasten der Einrichtung sein, der auf diese Art beschädigt wurde. Eine politische Motivation für den Anschlag könne nicht ausgeschlossen werden. Der Staatsschutz habe deshalb die Ermittlungen aufgenommen, sagte ein Sprecher auf epd-Anfrage.

Die Gedenkstätte für die Opfer des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge war in den vergangenen Wochen mehrfach Ziel mutwilliger Zerstörungen gewesen. Erst Anfang Dezember waren Unbekannte mit einer gestohlenen Planierdraht über das Gelände der KZ-Gedenkstätte gewalzt. Sie hatten dabei ein geschlossenes Tor der Gedenkstätte eingedrückt und etwa 500 Meter der Umzäunung niedergerissen.

Die KZ-Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge erinnert an das frühere Außenkommando des Konzentrationslagers Buchenwald, das die Nationalsozialisten im April 1944 südwestlich von Halberstadt errichtet hatten. Bis zur Befreiung des Lagers am 11. April 1945 durch die US-Armee waren hier mehr als 7.000 Häftlinge aus 23 Ländern zur Arbeit an einem Stollensystem für die NS-Rüstungsproduktion gezwungen worden.

2.000 von ihnen starben innerhalb dieses einen Jahres durch extreme Arbeit, Entkräftung, Krankheiten und brutale Misshandlungen. 2.500 weitere Häftlinge kamen beim Todesmarsch ums Leben.

Im Jahr 1949 wurde am Ort der Massengräber des KZ-Außenlagers ein Mahnmal und Gedenktafeln für die getöteten Zwangsarbeiter eingeweiht. Seit 1976 gibt es auf dem Gelände der Mahn- und Gedenkstätte auch ein Museum mit einer Dauerausstellung. Auch ein Teil der unterirdischen Stollen kann besichtigt werden.

Fast 200 anerkannte Stiftungen in Brandenburg

Potsdam (epd). In Brandenburg gibt es inzwischen 193 anerkannte Stiftungen, darunter 21 kirchliche. 2014 seien im Bundesland insgesamt sechs neue Stiftungen bürgerlichen Rechts anerkannt worden, teilte das Innenministerium am Freitag in Potsdam mit. Die Stifter hätten dafür mehr als eine halbe Million Euro Barvermögen eingebracht. Ziele der neuen Stiftungen sind unter anderem die Förderung von Toleranz, Bildung, Kultur und Wissenschaft sowie sozialer Aufgaben.

Zu den sechs neuen Stiftungen gehört unter anderem die Potsdamer Raschke-Stiftung »Für den Frieden«, die die Entwicklungszusammenarbeit sowie benachteiligte Kinder, Jugendliche und Bedürftige fördern will. Neu anerkannt wurde auch die »Heike-Schulze-Stiftung Alte Försterei Grimnitz« in Joachimsthal, die sich insbesondere

der Unterstützung von Flüchtlingen und der Förderung gottesdienstlichen Handelns der evangelischen Kirchengemeinde Joachimsthal widmen will.

Zusätzlich habe die Kjellberg-Stiftung zur Erforschung und Anwendung innovativer Materialbearbeitung ihren Sitz aus Hessen nach Finsterwalde in Brandenburg verlegt, hieß es weiter.

Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) begrüßte die wachsende Zahl von Stiftungen in Brandenburg, deren Engagement aus den Erträgen ihrer Vermögen finanziert wird. Die gemeinnützige Arbeit der Organisationen werde jedoch von der derzeitigen Niedrigzinsphase hart getroffen, betonte Schröter. Diese Lücken müssten nun durch ehrenamtliches Engagement und Spenden geschlossen werden.

Fast 62.000 Bürger stellten Antrag auf Stasi-Akteneinsicht

Berlin (epd). Das Interesse an den Stasi-Akten hält auch 25 Jahre nach dem Mauerfall weiter an. In diesem Jahr hätten bis Ende November 61.433 Bundesbürger einen Antrag auf persönliche Akteneinsicht bei der Stasi-Unterlagen-Behörde gestellt, berichtete die »Bild«-Zeitung (Samstagsausgabe). Im selben Zeitraum 2013 seien es der Behörde zufolge 706 Anträge weniger gewesen.

Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, sagte der Zeitung: »Auch 25 Jahre nach dem Ende der DDR ist es für viele Menschen wichtig, zu erfahren, wie die Stasi in ihr Leben eingegriffen hat.« Aufklärung kenne kein Verfallsdatum. Seit Öffnung des Archivs beantragten mehr als drei Millionen Bürger Einsicht in ihre Akte.

Weihnachtsfest endet für 13 Tiere im Berliner Tierheim

GESELLSCHAFT

Berlin (epd). Das Weihnachtsfest 2014 ist in Berlin für 13 Tiere mit dem Weg ins Tierheim zu Ende gegangen. In der Tiersammelstelle seien seit Heiligabend fünf Hunde, fünf Katzen, zwei Meerschweinchen und ein Kaninchen aufgenommen worden, teilte der Tierschutzverein am Freitag in Berlin mit. Eine entlaufene Katze sei von ihren »glücklichen Besitzern« noch am 24. Dezember wieder abgeholt worden. 2013 kamen während des Weihnachtsfests elf Tiere ins Tierheim, 2012 waren es 16.

Derzeit warten den Angaben zufolge im Berliner Tierheim 1.696 Tiere auf ein neues Zuhause, darunter 306 Hunde, 556 Katzen, 146 Kleintiere, 208 Vögel und 204 Exoten.

Besonders erschütternd sei, dass vier Hunde und vier Katzen sowie zwei Meerschweinchen bereits Heiligabend ins Tierheim kamen, hieß es weiter. Zwei der Hunde, ein Chihuahua und ein Terrier-Mischling, hätten von der Polizei aus einem Keller in Neukölln befreit werden müssen. Zwei weitere Hunde seien ebenfalls in Neukölln und in Spandau aufgegriffen worden. Die Katzen kamen aus

Marzahn und aus Spandau. Am ersten Weihnachtsfeiertag sei eine Schäferhund-Mischlingshündin in Marzahn in einem Hinterhof angebunden aufgefunden worden, hieß es weiter. Das Tier habe ein deutlich zu enges Halsband getragen und sei derart ängstlich gewesen, dass der Finder die Polizei hinzuziehen musste, um die Hündin zu bergen. Am zweiten Weihnachtsfeiertag wurde eine Katze gebracht, deren Besitzer jedoch ermittelt werden konnte.

Auch kurz vor den Feiertagen seien wieder viele Tiere ihrem Schicksal überlassen worden, hieß es weiter. Mehrere Katzen seien auf Berliner Müllplätzen ausgesetzt worden. Am 23. Dezember sei ein verletzter Staffordshire-Terrier-Mischling nachts vor dem Tierheim angebunden worden. Am gleichen Tag seien auch ein in Marienfelde umherirrender Hahn und zwei Frettchen im Tierheim aufgenommen worden, die im Stadtteil Buckow über einen Zaun geworfen worden waren.

Das Tierheim ist täglich außer montags von 11 bis 16 Uhr geöffnet. Zu Silvester und Neujahr ist das Tierheim geschlossen.

Kauder warnt vor islamischer Partei in Deutschland

Islam-Verband Ditib verwundert über Äußerungen des CDU-Politikers

Berlin/Köln (epd). Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) warnt vor der Gründung einer islamischen Partei in Deutschland. »Alle demokratischen Kräfte haben die Aufgabe, politisch Interessierte aus allen Schichten des Volkes zu integrieren«, sagte er: »Es darf nicht dazu kommen, dass in Deutschland eine islamische Partei entsteht.« Die Türkisch-Islamische Union (Ditib) äußerte sich verwundert über die Warnung: Für die deutschen Islamverbände sei eine Parteigründung kein Thema.

Kauder hatte zuvor dem Onlineportal der »Welt« gesagt, es sei bedenklich genug, dass es hierzulande einen Ableger der türkischen AKP von Präsident Recep Tayyip Erdogan gebe. Gerade die CDU als Volkspartei müsse »den vielen Migranten in Deutschland oder besser gesagt Bürgern mit ausländischen Wurzeln eine politische Heimat« geben.

Ditib-Vorstandssprecher Bekir Alboga sagte am 23. Dezember dem Evangelischen Pressedienst (epd): »Wie man darauf kommt, dass Muslime eine eigene Partei gründen wollen, da bin ich überfragt.« Viele Menschen aus muslimischen Gemeinschaften seien bereits als Mitglieder

von politischen Parteien aktiv, sagte er. Angesichts der zunehmenden Gefahr durch antimuslimischen Rassismus und »Pegida«-Demonstrationen sei eine solche Diskussion nicht integrationsfördernd.

Er sei erschrocken gewesen, dass »Pegida«-Anhänger auf ihrer islamfeindlichen Demonstration in Dresden christliche Lieder gesungen hätten, sagte Alboga weiter. Diese Demonstrationen seien »eine große Gefahr für uns alle, auch für die Integration in Deutschland«. Dieses Thema müsse jetzt aufmerksam verfolgt werden: »Alles, was davon ablenkt, ist nicht der Sache dienlich.« Zur bislang größten Demonstration der »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) waren am Montagabend 17.500 Menschen in Dresden zusammengekommen.

Die Ditib mit Zentrale in Köln ist mit etwa 900 Mitgliedsvereinen die größte islamische Organisation in Deutschland. Sie ist personell und strukturell eng mit der staatlichen türkischen Religionsbehörde Diyanet in Ankara verbunden.

UN-Hochkommissar: Zahl der Flüchtlinge wird weiter steigen

Genf (epd). Der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, António Guterres, rechnet mit einer weiteren Verschärfung der globalen Vertriebenen-Krise. Die Zahl der Flüchtlinge werde von derzeit mehr als 51 Millionen im Verlauf des Jahres 2015 weiter steigen, sagte Guterres dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Genf.

Neue Kriege und die vielen andauernden Konflikte wie in Syrien oder dem Südsudan würden noch mehr Menschen in die Flucht zwingen. »Das wird dramatische humanitäre Konsequenzen haben«, warnte Guterres. »Wir müssen von noch mehr menschlichem Leid ausgehen«, sagte der Hochkommissar, der das Flüchtlingshilfswerk UNHCR leitet.

Ende des Jahres 2013 waren nach Angaben des UNHCR weltweit mehr als 51 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Gewalt, Naturkatastrophen und Armut. Es war die größte Zahl an Vertriebenen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. »Ich weiß nicht wo und warum, aber ich gehe von neuen Kriegen im nächsten Jahr aus«, sagte der frühere Premierminister Portugals mit Blick auf das kommende Jahr.

In der jüngsten Vergangenheit seien jedes Jahr neue Konflikte ausgebrochen. »Denken sie an die Ukraine und an die Zentralafrikanische Republik, kaum jemand hat das vorausgesagt«, erklärte der 65-jährige Guterres, der im nächsten Jahr seine zehnjährige Amtszeit als UN-Hochkommissar für Flüchtlinge beenden wird. Laut UNHCR wurden im Jahr 2011 täglich 14.000 Menschen vertrieben. Diese Zahl sei bis 2013 auf 32.000 vertriebene Menschen pro Tag gestiegen.

Guterres kritisierte die Unfähigkeit der Weltgemeinschaft, neue Konflikte zu verhindern und anhaltende Kriege zu beenden. »Zu sagen, ich sei darüber enttäuscht und frustriert, ist untertrieben«, betonte er. Der UN-Sicherheitsrat, das höchste Entscheidungsgremium der Weltorganisation, sei in vielen Fällen paralysiert und die internationalen Machtverhältnisse seien unklar geworden. »Heute haben wir eine chaotische Lage«, erklärte Guterres: »Wir leben in einer Welt, in der Unsicherheit und Straffreiheit die bestimmenden Faktoren geworden sind.«

Der Hochkommissar lobte hingegen die deutsche Hilfe für Syrien-Flüchtlinge. Die Bundesrepublik habe rund

90.000 Menschen aus dem Land aufgenommen und damit einen »außergewöhnlich großzügigen« Beitrag geleistet. Wenn alle entwickelten Länder wie Deutschland gehandelt hätten, wären viel weniger Syrer in einer dramatischen Lage als heute. Derzeit sind mehr als 3,3 Millionen Männer,

Frauen und Kinder aus Syrien auf der Flucht vor dem 2011 entfachten Bürgerkrieg. Die meisten von ihnen sind in den Nachbarländern Türkei, Libanon, Jordanien und Irak untergekommen. *epd-Gespräch: Jan Dirk Herbermann*

DRK: Immer mehr junge Flüchtlinge suchen Hilfe

Berlin (epd). Immer mehr minderjährige Flüchtlinge ohne Eltern und Verwandte wenden sich an den Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes (DRK). In diesem Jahr habe es bereits 120 Suchanfragen gegeben, sagte der stellvertretende Leiter der Suchdienst-Leitstelle, Ronald Reimann, dem Evangelischen Pressedienst (epd). Das sei jede zehnte der insgesamt 1.200 Anfragen um Unterstützung bei der Suche nach Menschen, die infolge von bewaffneten Konflikten, Naturkatastrophen oder Migration den Kontakt zu ihrer Familie verloren haben. »In den vergangenen vier Jahren gab es einen spürbaren Zuwachs bei den Suchanfragen nach unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen«, sagte Reimann.

Von den dieses Jahr registrierten 120 Fällen entfielen 74 auf Kinder und Jugendliche aus Afghanistan. Elf kamen aus Somalia und sieben aus Syrien. »Flüchtlinge aus dem syrischen Bürgerkriegsland schaffen es in der Regel noch, den Kontakt zueinander zu halten, weil der Konflikt noch nicht so lange andauert«, schätzt Reimann ein. Dagegen hätten etwa Afghanen oft lange Fluchtwege und hielten sich mitunter Jahre im Iran auf. Die meisten allein flüchtenden Kinder und Jugendlichen seien zwischen 14 und 17 Jahren alt. Nach Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge stellten von Januar bis Oktober 3.310 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge einen Asylantrag.

Reimann kennt Fälle, wo Familien von Schleusern getrennt in mehrere Lkw gesteckt wurden und in unterschiedlichen Ländern ankamen. In einem anderen Fall

bezahlte eine Familie für einen Flug, den Schlepper organisiert hatten. »Unmittelbar vor dem Abflug wurde der Mutter gesagt, dass sie mit ihrem Kind zurückbleiben muss«, erinnert sich der DRK-Mitarbeiter. Die meisten Flüchtlinge schaffen es aber nach seiner Einschätzung, dank Handy und Internet Kontakt zur Familie zu halten.

Allerdings gebe es Länder mit schlechter Infrastruktur, wo die Handynetze nicht stabil seien oder die Stromversorgung nicht dauerhaft gewährleistet sei. Manchmal müssten Flüchtlinge ihre Handys an die Schleuser abgeben. »Vielleicht um eine Handy-Ortung zu verhindern oder die Menschen in eine weitere Abhängigkeit zu bringen«, spekulierte Reimann über die Gründe. Wenn es junge Flüchtlinge nach Deutschland geschafft haben, sei es nicht immer einfach, ihnen bei der Suche zu helfen, so Reimann. »Ihnen wird von Schleusern eingeschärft, nichts über ihre Herkunft und den Fluchtweg preiszugeben.«

Der DRK-Suchdienst kann nach eigenen Angaben unter anderem im Melderegister von Behörden und im Ausländerzentralregister nach Angehörigen suchen. Diese Methode stoße aber gelegentlich an ihre Grenzen. »Es gibt bestimmt 20 verschiedene Schreibweisen des Namens Mohammed«, sagte Reimann. Außerdem greift die Organisation bei der internationalen Suche auf die nationalen Rotkreuz- und Halbmond-Gesellschaften in 189 Ländern der Welt und den Zentralen Suchdienst des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) zurück.

epd-Gespräch: Christian Thiele

Weit weg von den Taliban

Ein Flüchtling aus Afghanistan fand nach vier Jahren seine Brüder wieder

Berlin (epd). Massud Rahmati weiß, wie zerfetzte Körper nach einem Anschlag aussehen. Er kennt die Ohnmacht bei einer Entführung, nicht zu wissen, ob die Kidnapper ihre Waffen ansetzen. An seiner Nase spürt er noch, wie es sich anfühlt, brutal zusammengeschlagen worden zu sein. Jetzt in Berlin begreift der 20-Jährige langsam, wie

es ist, seine Eltern wohl nie wieder in die Arme schließen zu können. Rahmati kommt aus Afghanistan.

Er floh mit seinen Brüdern, weil die radikal-islamischen Taliban es auf seine Familie abgesehen hatten. Schlepper schleusten sie nach Europa. Dabei gingen seine Brüder verloren. Die Geschichte Rahmatis ist

eine von vielen, die Flüchtlinge erzählen können. Vor vier Jahren kam er in Deutschland an, mit 16 Jahren. Allein.

Im Amtsdeutsch werden solche Jugendliche als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge bezeichnet. 3.310 von ihnen stellten zwischen Januar und Oktober einen Asylantrag beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Im gesamten Jahr 2013 waren es 2.500. Seit Jahren steigt ihre Zahl. Kinder und Jugendliche, die ohne Eltern Deutschland erreichen, werden von den Jugendämtern in Obhut genommen und kommen dann in Jugendeinrichtungen. Sie müssen nicht in Flüchtlingsunterkünften.

Ähnlich ging es auch Rahmati. Er bezog ein Zimmer im Berliner Jugendprojekt »WeGe ins Leben«. Doch Freude über sein neues Leben ohne die Taliban wollte nicht aufkommen. Was ist aus seinen zwei Brüdern geworden? Diese Frage trieb ihn um. Auf der Flucht wurden sie getrennt. Seine Geschwister kamen in einen Lkw, er selbst musste zu Fuß gehen.

»Du siehst sie in der nächsten Stadt wieder«, sollen sie ihm gesagt haben. Gelogen, wie sich später herausstellte. Erst in Hamburg, später in Berlin fragte er Afghanen nach seiner Familie. Die Reaktion war immer die gleiche: ein Kopfschütteln. Rahmati meldete sich deshalb bei Facebook an, um selbst zu forschen. Das hatten ihm viele empfohlen.

Nach Monaten »mit vielen Tagen, wo ich sechs Stunden vor dem PC gesessen habe«, fand er tatsächlich den ersten Bruder. In Griechenland war er. In einem anderen Land habe er Kinderarbeit in einer Fabrik leisten müssen, erzählt Rahmati. Über die zuständige afghanische Botschaft im bulgarischen Sofia wurde die Identität des Bruders bestätigt. Damit war der Weg frei, ein Asylverfahren in Deutschland aufzunehmen, eine Chance, die viele in Griechenland gelandeten jungen Flüchtlinge nicht haben. Seit einigen Monaten ist der Bruder in Berlin.

Seinen zweiten Bruder entdeckte Rahmati ebenfalls bei Facebook, auch in Griechenland. Auf dem Bild habe er ihn nicht erkannt, »er sah so anders aus«. Mehrfach telefonierten sie miteinander. »Ich habe ihm immer wieder Fragen gestellt, die nur er beantworten konnte.«

Andere junge Flüchtlinge ohne Eltern wenden sich an den Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes (DRK). 120 Suchanfragen habe es bereits in diesem Jahr gegeben, berichtet der stellvertretende Leiter der Suchdienst-Leitstelle, Ronald Reimann. Seit Jahren werden es immer mehr. Die meisten kamen aus Afghanistan. Seit über einem Jahr sucht das DRK auch online. Auf eine Internetseite des Internationalen Roten Kreuzes werden die Bilder von Suchenden gestellt. »Die Suche mit Hilfe des Internets und der sozialen Netzwerke ist die Suche der Zukunft«, sagt Reimann, gibt aber zu bedenken: »Sie birgt auch große Gefahren im Hinblick auf den Schutz der Privatsphäre der Betroffenen.«

Rahmatis kleiner Bruder soll innerhalb der nächsten drei Monate nach Deutschland kommen. Ob aber die Eltern überhaupt noch am Leben sind, wissen die jungen Männer nicht. Rahmati sieht es als seinen Auftrag an, die Familie wieder zusammenzuführen. Vor einem halben Jahr flog er deshalb in die iranische Hauptstadt Teheran. Dort war er mit seinen Brüdern zeitweise untergekommen und erhoffte sich deshalb Hinweise auf seine Eltern. Doch auch dort: nichts. Stattdessen hätten Unbekannte versucht, ihn ins Auto zu zerren, erzählt er. Passanten verhinderten das. Er kam verletzt ins Krankenhaus.

Ob er noch einmal in den Iran fliegt, darauf gibt er keine Antwort. Seine Zukunft sieht Rahmati aber in Deutschland: »Ich will die deutsche Staatsbürgerschaft und Polizist werden.« Und zur Ruhe kommen.

Von Christian Thiele (epd)

Der Problemlöser

Dübel-Erfinder Artur Fischer wird 95 Jahre alt

Waldachtal (epd). Als Artur Fischer acht Jahre alt war, wollte er einen Hubschrauber aus Holz bauen. Für den Rotor nahm er ein Brett, bohrte ein Loch hinein und befestigte eine Kurbel vom Schrottplatz daran. Als die Konstruktion fertig war, drehte er, aber nichts geschah. »Ich dachte, du willst fliegen. Also musst du schneller drehen«, sagte seine Mutter. Artur Fischer kurbelte so schnell er konnte, irgendwann ging ihm die Luft aus, doch der Hubschrauber blieb wie festgenagelt auf dem Boden. Dann gab er auf. »Heute hast du etwas gelernt. Nämlich, dass ein Hubschrauber nicht fliegt, wenn du ihn auf diese Weise baust«, sagte die Mutter. Es ist die Anekdote, die Artur Fischer erzählt, wenn man ihn nach seiner Kindheit fragt. Sie stammt aus dem Jahr 1928.

Artur Fischer hat dann schnell gelernt - so schnell, dass er bis heute mehr als 1.100 Patente angemeldet hat. Der gelernte Schlosser gilt damit als einer der produktivsten Erfinder der Welt. Und seine Arbeit hat ihn reich gemacht: Noch heute haben die 1948 gegründeten Fischer-Werke ihren Stamm- und Hauptsitz im schwäbischen Waldachtal und produzieren den weltberühmten S-Dübel sowie die ebenso bekannte »fischertechnik«-Baukästen. Der Bruttoumsatz betrug 2013 rund 633 Millionen Euro. Mittlerweile hat der Sohn die Leitung übernommen, doch Fischer kommt noch regelmäßig in sein Büro. Am 31. Dezember wird er 95 Jahre alt.

Artur Fischer erzählt die Geschichte seines Erfolges so, als handele es sich dabei um etwas ganz Banales: »Das Problem des Bohrens war noch nicht gelöst.« So lautet seine Begründung, weshalb er sich gegen Ende der 1950er-Jahre vermehrt mit Dübeln auseinandersetzte. Bis damals benutzte man zumeist Dübel aus Holz, sie hielten wenig aus und ständig fielen Bilder von der Wand.

Also erfand Artur Fischer einen aus Kunststoff. Bis heute wird er, von wenigen Modifikationen abgesehen, produziert wie 1958. Das Geheimnis des Dübels? »Wir haben nur das beste Material genommen, den besten Kunst-



Artur Fischer
epd-bild / Gerhard
Bäuerle

stoff, der erhältlich war. Damit konnten wir Leistungen erreichen, die damals nicht üblich waren.«

Mit derselben Selbstverständlichkeit entwickelte Artur Fischer unter anderem einen Synchronblitz für Fotoapparate oder Schrauben für die Heilung von Knochenbrüchen. Und zuletzt einen Eierbecher, in dem man mit einem Messer ein Ei köpfen kann, ohne dass dieses verrutscht.

Eigentlich ist Artur Fischer kein Erfinder. Sondern jemand, der Probleme löst. Und damit aus dem Nichts zu etwas geworden ist. Acht Leitsätze hat er, sie hängen eingerahmt in seinem Büro. »Wer bin ich?«, lautet einer, »Was kann ich?« ein anderer, ein weiterer »Wem habe ich zu danken?« Für Artur Fischer gehört all das zusammen. »Was wir uns in vielen Fällen selbst zuschreiben, ist gesteuert durch die Schöpfungskraft unserer Seele und kommt von Gott. Dafür haben wir zu danken«, sagt er.

Artur Fischer erzählt das in einem Büro, dessen Wände mit dunkelbraunem Holz getäfelt sind und dessen beigefarbener Teppichboden jeden überflüssigen Laut verschluckt. Es ist später Nachmittag, irgendwann im Laufe des Gesprächs kommt eine Mitarbeiterin herein und bringt Weinbrandpralinen.

Wer Artur Fischer besucht, kommt zu einem Mann, der mit viel Arbeit, eisernem Willen und protestantischem Gottvertrauen aus dem Nichts ein Imperium erschaffen hat, und der sich nun ein klein wenig Muße gönnt. Kurzum: Er kommt ins Wirtschaftswunder. In eine Republik, in der ein Josef Neckermann das Versandgeschäft erfunden hat, oder ein Hans Glas das Goggomobil, einen hunderttausendfach produzierten Kleinstwagen. Neckermann und Glas sind schon lange tot, ihre Unternehmen Geschichte. Nur Artur Fischer kommt noch an fast jedem Tag in sein Büro und erfindet Dinge.

Es ist nicht so, dass ihm das alles leicht fällt. Artur Fischer spricht heute langsam, sucht manchmal länger nach einem Gedanken, aber wenn er kommt, dann kommt er klar. Vor einigen Monaten ist er gestürzt, es folgte eine lange Reha, noch immer hat er Probleme mit dem Laufen. Was ihn nicht daran hindert, es zu tun. »Wenn man einmal der Hunderter-Marke nahekommt, dann lässt die Leistungsfähigkeit nach, das merkt man. Aber Aufgeben ist keine Lösung«, sagt er. Es ist nicht einfach Artur Fischer, der da spricht, sondern eine ganze Epoche.

Von Sebastian Stoll (epd)

Pannenserie

Elektroherd setzt Weihnachtsbaum in Brand

Görlitz (epd). Weihnachten mit Pechsträhne: Ein falsch angeschlossener Elektroherd hat im ostsächsischen Görlitz zu einer Pannenserie mit Weihnachtsbaumbrand geführt. Heiligabend sei in der Stadt ein Herd in Brand geraten, den seine Besitzerin zuvor nicht richtig ans Stromnetz angeschlossen hatte, teilte die Polizei in Görlitz mit. Auch

der Löschversuch der 51-Jährigen mit einer Decke sei fehlgeschlagen. Die Frau habe die brennende Decke daraufhin aus dem Fenster in den Hof geworfen. Der Wind habe diese jedoch auf den Balkon einer anderen Mieterin geweht und dort einen bereits geschmückten Weihnachtsbaum in Brand gesetzt.

Am anschließenden Feuerwehreinsatz seien sechs Fahrzeuge von Görlitzer Wehren mit 21 Feuerwehrleuten beteiligt gewesen. Die »Hobby-Elektrikerin« sei wegen einer Rauchgasvergiftung behandelt worden.

GESELLSCHAFT

Zwei Sonnenfinsternisse und ein Besuch bei Pluto

Das neue Jahr wartet mit einigen astronomischen Höhepunkten auf

Hamburg (epd). Das Jahr 2015 hält mehrere astronomische Höhepunkte bereit. So ist für den 20. März eine Sonnenfinsternis angekündigt. Vormittags zwischen 9.20 und 12 Uhr sollen hierzulande 60 bis 80 Prozent der Sonnenscheibe vom vorbeiziehenden Neumond bedeckt werden. Es ist daher nur eine teilweise Finsternis. Lediglich im Nordatlantik, im nördlichen Eismeer und in der Arktis kann eine komplett schwarze Sonne bestaunt werden.

Die totale Mondfinsternis am 4. April ist in Mitteleuropa nicht zu beobachten, weil der Mond unter dem Horizont stehen wird. Anders wird es am 28. September, wenn der Mond gegen 4 Uhr morgens (MESZ) für gut eine Stunde in den Kernschatten der Erde läuft.

Eine weitere teilweise Sonnenfinsternis steht für den Vormittag des 13. September im Kalender. »Wer sie beobachten will, muss nach Südafrika reisen«, sagt der Hamburger Astronom Bernd Loibl. Auch in Teilen des Indischen Ozeans, des südlichen Eismeres und der Antarktis soll sie zu sehen sein.

Bereits am 4. Januar erreicht die Erde auf ihrer jährlichen Umlaufbahn ihre sonnennächste Position. Sie ist dann 147,1 Millionen Kilometer von der Sonne entfernt, am 6. Juli sind es fünf Millionen Kilometer mehr. Die mittlere Entfernung beträgt rund 150 Millionen Kilometer, was in der Himmelskunde auch als »Astronomische Einheit« (AE) gilt.

Im März soll die US-amerikanische Weltraumsonde »Dawn« beim Zwergplaneten Ceres ankommen. Mit einem Durchmesser von fast 1.000 Kilometern ist Ceres der

größte Körper im sogenannten Asteroidengürtel zwischen den Planeten Mars und Jupiter. »Ceres könnte nicht nur eine dicke Eiskruste haben, sondern darunter sogar einen Ozean aus Wasser verbergen«, sagt Ralf Jaumann, Planetenforscher am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt. »Dawn«, im September 2007 gestartet, passierte im Juli 2011 bereits den Asteroiden »Vesta« und schoss rund 28.000 Fotos.

Ein Höhepunkt der Erkundung des Sonnensystems ist für Mitte Juli 2015 zu erwarten, wenn zum ersten Mal überhaupt eine Weltraumsonde den Zwergplaneten Pluto besucht. In nur knapp 10.000 Kilometer Entfernung soll die NASA-Sonde »New Horizons« am Pluto vorbeifliegen und dabei auch die bislang fünf bekannten Pluto-Monde erkunden.

Pluto ist mit nur 2.300 Kilometern Durchmesser kleiner als der Mond der Erde (3.460 Kilometer). Er zieht auf einer äußerst exzentrischen Bahn um die Sonne, zwischen 4,4 und 7,3 Milliarden Kilometer von ihr entfernt. 248 Jahre braucht er für einen kompletten Umlauf. Mit bloßem Auge ist Pluto von der Erde aus nicht zu sehen. Seine Entdeckung gelang dem US-Astronomen Clyde Tombaugh 1930 durch einen Vergleich von Fotoplatten.

Als die Raumsonde »New Horizons« im Januar 2006 gestartet wurde, galt Pluto noch als der neunte Planet des Sonnensystems. Im August 2006 wurde ihm dieser Status von der Internationalen Astronomischen Union (IAU) aberkannt. Seitdem wird er von Forschern nur noch als »Zwergplanet« eingestuft. *Von Klaus Merhof (epd)*

BUND: 2014 war Jahr umweltpolitischer Rückschritte

UMWELT

Berlin (epd). Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) stellt der Bundesregierung in der Umweltpolitik ein schlechtes Zeugnis aus. Die vergangenen zwölf Monate seien vor allem ein Jahr der umweltpolitischen Rückschritte gewesen, kritisiert der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger am 22. Dezember in Berlin. Nach dem Verständnis der großen Koalition sei 2014 das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) reformiert worden, »tatsächlich wurde es deformiert«, sagte Weiger. »Schwarz-Rot hat den dezentralen Ausbau der regenerativen Stromerzeugung - eine von zahllosen Staaten kopierte Erfolgsgeschichte - mit der EEG-Novelle zurückgedrängt.«

Das bremsen nicht nur die klimapolitisch wichtigste Energieform aus, es gefährdet auch viele zukunftsorientierte Arbeitsplätze im Mittelstand, kritisierte der BUND-Vorsitzende. Zugleich blieben viele Möglichkeiten ungenutzt, um die hohen CO₂-Emissionen in Deutschland und in der EU zu verringern. Große Versäumnisse habe es auch in der Agrar- und in der Verkehrspolitik gegeben, so

Weiger. Es sei inakzeptabel, dass in Deutschland weiterhin neue Megaställe genehmigt würden, obwohl deren negative Folgen für Tiere, die Umwelt und die Menschen offensichtlich seien.

Als »besonders abschreckend« bezeichnete der BUND-Vorsitzende die Verkehrspolitik von Schwarz-Rot. Viel sinnvoller als die geplante Pkw-Maut wäre die sofortige Ausweitung der Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen. »Das würde dem Ausweichverkehr quer durch Tausende überlastete Kommunen endlich einen Riegel verschieben«, sagte Weiger.

Geringfügige umweltpolitische Fortschritte sieht der BUND im Anfang Dezember verabschiedeten »Klima-Aktionsplan«. Mit dem will die Bundesregierung in den kommenden fünf Jahren die Verringerung der CO₂-Emissionen um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 gewährleisten. Unter anderem sollen im kommenden Jahr die ältesten und klimaschädlichsten Braunkohlekraftwerke vom Netz gehen. www.bund.net

Experte sieht keine Zukunft für Braunkohletagebau

Potsdam (epd). Der Wirtschaftsexperte Christian von Hirschhausen sieht keine Zukunft für den Braunkohletagebau in Brandenburg und Sachsen. Der »schmutzige Strom« werde überwiegend exportiert, sei aber inzwischen auch in den Industriezentren in Süddeutschland nicht mehr erwünscht, schreibt der Berliner Wirtschaftsprofessor in den »Potsdamer Neuesten Nachrichten« (Dienstagsausgabe): »Jüngst bekommt der Braunkohleausstieg selbst aus Bayern Unterstützung.«

Die bayerische Energiestrategie sehe vor, wegfallenden Atomstrom nicht durch Kohlestrom zu ersetzen, schreibt Hirschhausen: »Damit entfällt eine weitere Begründung, warum in Brandenburg und Sachsen weiterhin für die Braunkohle und gegen die Energiewende gearbeitet werden sollte.« Auch die klimapolitischen Ziele der Bundesregierung und die Einschätzung der Braunkohle als Auslaufmodell durch die konventionelle Energiewirtschaft machten deutlich, »dass die Braunkohle am Ende ist.«

Statt »Schlachten von gestern das nächste Jahrzehnt durchzuschleppen« und dann voraussichtlich ohnehin vor den Gerichten zu verlieren, müsse sich die Politik in der Braunkohlefrage den »wirklich dringenden Fragen« zuwenden, fordert Hirschhausen, der an der Technischen Universität Berlin lehrt. Dazu zählten die Folgeschäden von Alltagebauen und bestehenden Abbaufeldern wie Erdbeben, die »in unabsehbarer Milliardenhöhe auf uns zukommen.«

Nachdem sich die Energiekonzerne dieser Verpflichtung entledigen wollten, dürften diese Kosten vor allem die Steuerzahler treffen, schreibt der Infrastruktur-Experte weiter. Es sei deshalb nun an der Zeit, dass die Politik nicht nur den Ausstieg aus der Atomkraft, sondern auch den Braunkohleausstieg moderiere, »unter anderem in Brandenburg«.

Zwischen Erbauung und Propaganda

Thüringen begeht 2015 das Themenjahr »Bild und Botschaft«

KULTUR

Erfurt (epd). Die Porträts auf den Autobahnschildern sind ein Detail des Gemäldes »Gesetz und Gnade«, mit dem Lucas Cranach der Ältere (1472-1553) ein Schlüsselwerk der protestantischen Kunst schuf. Das Gemälde von 1529 gehört zu den Kostbarkeiten des Herzoglichen Museums in Gotha, das im Thüringer Themenjahr »Bild und Botschaft« eine zentrale Rolle spielt. Denn dort wird ab Ende März die erste von drei großen Cranach-Ausstellungen im Freistaat gezeigt.

Die Vorhaben in Gotha, Eisenach und Weimar korrespondieren mit dem Jahresthema der kirchlichen Reformationsdekade, in der die evangelische Kirche 2015 das Verhältnis von Bild und Bibel in den Mittelpunkt rückt. Durch die gesellschaftlichen Umbrüche im Jahrhundert der Reformation gelangten zahlreiche Gemälde und Grafiken sowie Flugschriften, Flugblätter und andere Dokumente der damaligen Zeit in die einst fürstlichen Museen und Archive im heutigen Thüringen.

Mit diesem reichen Fundus an Kunst zwischen religiöser Erbauung und protestantischer Propaganda ist der Boden bereitet für eine Reihe hochkarätiger Ausstellungen im kommenden Jahr. Der Auftakt in Gotha ab 29. März gilt erstmals im Rahmen einer großen Schau dem Wirken der Malerfamilie Cranach im Dienst der entstehenden evangelischen Kirche und des kurfürstlichen Hofes. Dabei soll auch gezeigt werden, wie Kunst damals ganz bewusst zum Mittel in politischen Auseinandersetzungen wurde.

Die Wartburg bei Eisenach widmet ihre Ausstellung ab 2. April den Luther-Porträts aus der Wittenberger Cranach-Werkstatt. Dort entstanden zwischen 1520 und

1546 sieben verschiedene Porträttypen von Martin Luther (1483-1546). Anhand der gemalten und grafischen Bildnisse werden Organisation und Arbeitsweise der Künstlerwerkstatt dargestellt. Aber auch Zeitgenossen Luthers und seine Eltern kommen in den Blick.

In Weimar konzentriert sich die Klassik-Stiftung ab 3. April auf das Wirken Cranachs in der damaligen Residenz. Der Maler verbrachte dort seine letzten Lebensjahre. Für die Ausstellung ist der Reformationsaltar aus seiner Werkstatt in der Stadtkirche St. Peter und Paul ein wichtiger Bezugspunkt. Das jüngst restaurierte Kunstwerk verbindet die biblische Botschaft mit dem Selbstverständnis der Ernestiner als protestantisches Fürstenhaus - ein durchaus politischer Anspruch.

Einen ganz anderen Aspekt thematisiert das Angermuseum Erfurt ab 16. Mai mit seiner Ausstellung »Kontroverse und Kompromiss«. Am Beispiel eines Bilderzyklus für den Erfurter Dom sollen die theologischen Auseinandersetzungen der Reformationszeit beleuchtet werden. Cranach selbst stellte sein Werk in den Dienst der Protestanten, arbeitete aber weiterhin auch für katholische Auftraggeber.

Mit diesen und anderen regionalen Vorhaben wie etwa in Neustadt an der Orla reiht sich Thüringen 2015 ein in große Cranach-Projekte in den benachbarten Bundesländern Sachsen-Anhalt und Sachsen. Mit gutem Recht sieht sich dabei jedes der drei Länder dank gemeinsamer historischer Wurzeln als ein Kernland der Reformation.

Von Thomas Bickelhaupt (epd)

Moses Actionstar

»Exodus« und kein Ende: Bibelfilme sind schlachtenreicher und skeptischer geworden

Frankfurt a.M. (epd). Es ist seltsam - aber: das Schlachtfeld ist in diesen Tagen um Weihnachten einer der beliebtesten Filmschauplätze. Nicht umsonst heißt der letzte Teil der »Hobbit«-Trilogie mit Untertitel »Die Schlacht der fünf Heere«, in dem zu Neujahr startenden Kriegsfilm »Herz aus Stahl« mit Brad Pitt gibt es ultrarealistische Panzerschlachten. Auch Ridley Scotts Bibelfilm »Exodus: Götter und Könige«, der am ersten Weihnachtsfeiertag startete, wartet zu Beginn mit einer Schlacht auf: wie die Ägypter, angeführt von den Feldherrn Moses (Christian Bale) und Ramses (Joel Edgerton) mit ihren Kampfwagen in die Reihen ihrer Feinde rauschen.

Der Moses des »Exodus« ist ein starker und wendiger Kämpfer, rettet sogar dem späteren Pharao Ramses das Leben. Moses Actionstar: die Rüstung mit dem Umhang, in der Moses gerne auftritt, erinnert nicht nur an das Genre des Sandalenfilms, sondern auch an das des Superheldenfilms.

Es hat sich etwas verändert in den Bibelfilmen der letzten Jahre und nicht nur in denen, die sich mit den Geschichten des Alten Testaments beschäftigen. Die Unbefangenheit ist ihnen verloren gegangen und das Vertrauen in den Glauben muss immer wieder neu verhandelt werden. Anders als Cecil B. DeMille in seinem Moses-Klassiker »Die zehn Gebote« (1956) hält Ridley Scott sich nicht mit der Kindheit des Helden auf, steigt ziemlich unvermittelt ein, hält sich dann aber an die bekannte Geschichte mit Moses Verstoß aus dem Zirkel der Macht, weil er den versklavten Hebräern angehört, und beschreibt deren Aufstand gegen das Ramses-Regime.

Das Verhältnis zwischen Ramses und Moses, psychologisch doch eigentlich interessant, wird nur am Rande entwickelt - stattdessen liefert der Film Schaulusteffekte am laufenden Bande: den Bau der Stadt Memphis, die zehn biblischen Plagen, die Verfolgung des flüchtenden Volks Israels durch die ägyptischen Kampfwagen, die gigantische Welle im Roten Meer, die sie vernichten wird. Und das alles in 3D.

Und Ridley Scott lässt auch Gott selbst auftreten, in Gestalt eines kleinen, ziemlich vorlauten Jungen, der mal rätselhaft, mal besserwisserisch den Dialog mit Moses aufnimmt - und ihn dann doch allein lässt, wenn Moses seinen Rat braucht. Man mag das blasphemisch finden - schließlich beinhaltet doch das zweite Gebot, sich kein Bild von Gott zu machen, woran sich die Kunst nie gehalten hat.



Christian Bale als Moses im Film "Exodus: Götter und Könige".
epd-bild / Filmverleih

In dem Mosesfilm aus den fünfziger Jahren ist allerdings nur Gottes Stimme zu hören.

Galten Bibelverfilmungen in den letzten Jahren eher als Kassengift, so steht uns in den nächsten Jahren ein Boom des Genres bevor. Zu Ostern 2014 lief im deutschen Privatfernsehen bereits die eher behäbige zehnteilige Serie »Die Bibel«, und es befinden sich noch einige Projekte in der Pipeline. Der Schauspieler Will Smith wird sich in seinem Regiedebüt »The Redemption of Cain« mit der biblischen Geschichte von Kain und Abel beschäftigen; Mel Gibson plant schon seit längerem einen Film über den Kampf der Makkabäer; Regisseur Scott Derrickson soll den Kampf David gegen Goliath adaptieren. Das Projekt »Pontius Pilatus« dagegen ist erst einmal mit dem Ausstieg von Hauptdarsteller Brad Pitt auf Eis gelegt.

Bibelfilme prunkten schon immer mit Schauwerten, Massenszenen, nie gesehenen Bildern, monumentalen Bauten. In dieser Tradition steht auch Scotts »Exodus«, der den inneren Qualen seines Helden Moses, seinem Vertrauen und seinen Zweifeln an Gott, wenig abgewinnen kann. Da hat sein Regiekollege Darren Aronofsky mit seinem »Noah«, der bei uns im Frühjahr startete, schon mehr gewagt. Bei ihm ist Noah so etwas wie der erste Öko: ein Familienvater, der mit seiner Familie die Gesellschaft der Menschen flieht und sich korrekt vegan von Pflanzen und Beeren ernährt, ein Mahner und Warner. Man merkt Aronofskys Bemühen, die biblische Geschichte in die Moderne zu transponieren, schon an seiner Arche, die gar nicht mehr nach einem Schiff aussieht, sondern wie ein gigantischer rechteckiger Holzkasten.

In »Noah« taucht Gott nie als Person auf, wir hören von ihm nur durch die Erzählungen Noahs (Russell Crowe), der seine Visionen und Eingebungen wie eine

Art Herrschaftswissen behandelt. Noah wirkt wie ein Besessener in diesem Film. Gott will die Menschheit wegen ihrer Verderbtheit vernichten, glaubt Noah, und ist kurz davor, Kinder zu töten. Doch schließlich siegt der

Humanismus über den Fundamentalismus - auch eine ganz aktuelle Pointe in dieser abgedrehtesten Big-Budget-Bibelverfilmung aller Zeiten. *Von Rudolf Worschech (epd)*

KULTUR

Unerschrockener Denker

Zum 85. Geburtstag des syrisch-libanesischen Dichters Adonis

Frankfurt a.M. (epd). Sein Pseudonym ist Programm: Als Ali Ahmad Said Esber begann zu dichten, nannte er sich Adonis. Der phönizische Frühlingsgott war der Herr (Adon) der Wiedergeburt. Eine Renaissance wollte auch der syrisch-libanesischer Dichter einleiten, der am 1. Januar 85 Jahre alt wird: ein Avantgardist, der sich der Tradition verbunden fühlt.

»Adonis hat nicht nur der arabischen Poesie neue Wege gewiesen, er ist vor allem ein unerschrockener Denker, der in seinen großen ideengeschichtlichen Essays das Individuum feiert, das sich über alte dogmatische Formen von Gemeinschaft und Religion hinwegsetzt«, urteilt Joachim Sartorius. Der Orient-Experte hatte 2011 die Laudatio gehalten, als der Dichter mit dem Goethe-Preis der Stadt Frankfurt am Main ausgezeichnet wurde. Adonis sei »ein leidenschaftlicher Rebell gegen die geistige Erstarrung der arabischen Kultur«, hieß es damals in der Begründung.

Geboren wurde er am 1. Januar 1930 in dem nordsyrischen Dorf Qassabin, heute lebt er in Paris. Schon sein Vater, ein Bauer und Imam, schrieb Gedichte. Als das damalige Staatsoberhaupt das Dorf besuchte, las ihm der 13 Jahre alte Ali selbst verfasste Verse vor. Zum Dank durfte er die französische Schule und das Gymnasium besuchen. Von 1950 bis 1954 studierte er Philosophie in Damaskus, verbrachte wegen seines politischen Engagements mehrere Monate im Gefängnis.

Mit seiner Ehefrau, der Literaturwissenschaftlerin Khalida Salih, siedelte er 1956 in den Libanon über und promovierte 1973 an der Beiruter Universität über »Tradition und Erneuerung in der arabischen Kultur«. Adonis gehörte einem avantgardistischen Dichterkreis an, träumte von einer Wiedergeburt der arabischen Poesie aus dem Geiste Heraklits, Hölderlins und Heideggers.

»Gott ist tot«, behauptet er seit seinem ersten Gedichtband - angelehnt an Nietzsche, verfasst in den freien Versen der europäischen Moderne. Seine Botschaft aus kurzen Gedichten und langen Prosahymnen legte er Mihyar, dem klassischen Dichter der Schiiten, in den Mund.

»Es gehört eine Riesenportion Mut dazu, den Monotheismus, also auch den Islam, als ein Grundübel der Menschheit zu bezeichnen, und für die vorislamischen Traditionen der Toleranz zu plädieren«, urteilt Adonis-Kenner Sartorius. Der Dichter ist klar in seinen Positionen: »Religion als führende Institution bedeutet immer Tyrannei«, sagte Adonis Anfang des Jahres in einem Interview, »Religion ist nicht nur undemokratisch - sie ist auch essenziell antirevolutionär«.

Der Islamwissenschaftler Stefan Weidner hat Adonis nicht nur übersetzt, sondern unter dem Titel »Wortgesang. Von der Revolution zur Dichtung« 2012 im S. Fischer Verlag auch seine Poetik herausgegeben. Auf die Frage, ob der Dichter als »säkularer Mystiker« zu bezeichnen sei, antwortet Weidner unumwunden mit »ja«. Ein weltlicher Mystiker - vielen Muslimen gilt er als Ketzler.

Adonis habe auch die Sexualität für die arabische Dichtung zurückerobert, sagte Weidner in seiner Laudatio auf den Poeten zur Verleihung des Petrarca-Preises 2013. In seinen späten Liebesgedichten, die unter dem Titel »Der Wald der Liebe in uns« vergangenes Jahr im Verlag Jung und Jung auf deutsch erschienen sind, habe er den Körper mit Symbolik aufgeladen, der auf Höheres deutet: »Die Liebe wird wieder Mystik, nur diesmal ohne Gottesbezug.«

Der Dichter gilt als Weltbürger und Freigeist. Er wendet sich gegen islamischen Fundamentalismus, wirft aber auch US-Amerikanern und Europäern vor, sich in kultureller Überheblichkeit gegen Fremdes abschotten zu wollen. 30 Jahre vor dem Attentat vom 11. September 2001 hatte er nach einem Besuch in den USA »Ein Grab für New York« veröffentlicht: ein Langgedicht, das im Namen des amerikanischen Rhapsoden Walt Whitman den Untergang der westlichen Metropole beschwört. Vielen gilt das Gedicht heute als prophetisch.

Die gläsernen Stadtlandschaften und technischen Errungenschaften des Westens sind ihm fremd geblieben - obwohl er schon seit den 80er Jahren in Paris lebt. Lange hatte er in Beirut ausgeharrt, auch als er im libanesischen Bürgerkrieg mehrfach ausgebombt wurde.

Seine Kriegserfahrungen verarbeitete er 1985 in dem »Buch der Belagerung«.

Heute leide Adonis darunter, dass sein Lebensziel - die Überwindung der Widersprüche zwischen Orient und Okzident - infrage gestellt sei, urteilt Satorius. »In seiner Haltung zum syrischen Bürgerkrieg hat er relativ früh für Realismus plädiert - dass eine Lösung nicht gegen, sondern

nur in Verhandlungen mit dem syrischen Diktator erreicht werden kann.« Das hat dem Dichter nicht nur die Kritik der Opposition eingetragen. Auch seine westlichen Leser, darunter Weidner, können ihn nicht immer verstehen. Vielleicht ist ihm auch deshalb der Nobelpreis abermals vorenthalten geblieben. *Von Claudia Schülke (epd)*

KULTUR

Jahresbilanz

»Tagesschau« gewinnt Zuschauer

Hamburg (epd). Die »Tagesschau« bleibt die erfolgreichste Nachrichtensendung: In diesem Jahr hatte die 20-Uhr-Ausgabe im Schnitt 8,95 Millionen Zuschauer, rund 80.000 mehr als im Vorjahr. Das entspricht einem Marktanteil von 32,0 Prozent (2013: 31,8 Prozent), teilte der NDR am 22. Dezember mit. Damit erreichte die 20-Uhr-Ausgabe, die im Ersten, in mehreren Dritten Programmen, auf 3sat, Phoenix und im Digitalkanal tagesschau24 zu sehen ist, mehr Zuschauer als die Nachrichtensendungen von ZDF, RTL und Sat.1 zusammen. 1,75 Millionen Zuschauer zählen zur Gruppe der 14- bis 49-Jährigen. Auch hier hat

die »Tagesschau« nach NDR-Angaben hinzugewonnen und liegt vor allen anderen Nachrichtenangeboten.

Die »Tagesthemen« erreichten im Durchschnitt 2,47 Millionen Zuschauer (Marktanteil 11,0 Prozent), etwas weniger als 2013 mit 2,53 Millionen Zuschauern. Bei den 14- bis 49-Jährigen haben die »Tagesthemen« im Durchschnitt 540.000 Zuschauer, ein Plus gegenüber 2013 von 20.000 Zuschauern. Die meistgesehene »Tagesthemen«-Ausgabe wurde in der Halbzeitpause des WM-Finales gesendet. Andererseits litten die Marktanteile mancher Ausgaben darunter, wenn Fußball im ZDF gezeigt wurde. So lief die zuschauer schwächste Sendung parallel zum deutschen WM-Halbfinale im ZDF.

Lachsfischen in Norwegen

Der Fernseh-Trend Slow TV kommt nach Deutschland

München/Oslo (epd). Auf dem TV-Bildschirm passiert nichts: keine Schießerei, kein Drama, keine Dialoge. Langsam zieht die norwegische Fjordlandschaft vorbei. Eine Kuh läuft drei Schritte, eine Flagge weht im Wind. 134 Stunden, 42 Minuten und 45 Sekunden lang war das alles, was beim Norwegischen Rundfunk (NRK) über den Bildschirm flimmerte. 3,2 Millionen der 5 Millionen Norweger schauten einer Schiffspassage entlang der Hurtigruten zu. Deutsche Fernsehshows können nur davon träumen, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung einschaltet.

Das Phänomen Slow TV sorgt in Norwegen bereits seit fünf Jahren für Rekordquoten. Dabei geht es vor allem um Fernsehen in Echtzeit. Der Blick auf den Fernsehschirm gleicht dem Blick aus dem Fenster. »Man muss das Gefühl bekommen, wirklich da zu sein«, sagt Thomas Hellum, Projektmanager des öffentlich-rechtlichen NRK. Ohne vorgeschriebene Geschichte, ohne Höhepunkte - das widerspricht allen Regeln des Fernsehens. Es gibt keine schnellen Schnitte, die Formate sind kaum

bearbeitet. »Das ist so falsch, dass es schon wieder richtig ist«, findet der Norweger.

Die Idee für die norwegischen Formate stammt aus dem Nachtprogramm der ARD und ihrer Dritten Programme. 1994 ersetzte der Bayerische Rundfunk sein monotones Testbild in der Nacht durch Bilder aus dem Weltraum. Die schlaflosen Zuschauer sahen zusammengeschnittene Aufnahmen eines Wissenschaftssatelliten, unterlegt mit sphärischen Elektro-Sounds. Die »Space Night« erlangte Kultstatus und wurde in den 90ern bei Rave Partys gezeigt.

Die Norweger trauten sich, solche Lückenfüller-Formate unter dem Begriff Slow TV in der Hauptsendezeit zu zeigen. »Wir sind das so angegangen, als würden wir zu den Olympischen Spielen fahren: hochprofessionell«, sagt Hellum. Für das Hurtigruten-Format kamen elf Hightech-Kameras zum Einsatz. Es folgten weitere Slow-TV-Sendungen: In der »Nationalen Feuerholz-Nacht« zeigte NRK holzhackende Menschen und herunterbrennende

Feuer, Lachsfischen, Stricken und Vogelbeobachtungen wurden ebenfalls in Echtzeit ausgestrahlt.

Vom norwegischen Erfolg haben sich nun wiederum deutsche Fernsehmacher inspirieren lassen. Der Bildungskanal ARD-alpha produziert gerade das erste deutsche Slow-TV-Format für das Abendprogramm um 20.15 Uhr in der Karwoche 2015. »Während auf anderen Kanälen in Talkshows gestritten, in Spielshows gerätselt oder in Spielfilmen geschossen wird«, will Daniel Schrenker, Autor und Initiator des Projekts mit dem Namen »Mora«, einen Kontrapunkt zur permanenten Beschleunigung des Alltags setzen, indem er Menschen bei der Arbeit zeigt. Das Wort »Mora« steht im Lateinischen für Aufenthalt oder Verzögerung.

In den vergangenen 100 Jahren habe sich das Lebenstempo verdoppelt, sagt der Filmemacher Florian Opitz. Für seine Dokumentation »Speed - Auf der Suche nach der verlorenen Zeit« hat er sich jahrelang mit dieser Beschleunigung beschäftigt. »In meinem Kopf geht es inzwischen zu wie in einem Flipperautomaten«, sagt er. Auch in den Medien zeige sich diese Entwicklung. Filme seien manchmal so extrem laut und schnell, dass viele

Menschen überfordert seien. Deshalb könne er sich vorstellen, dass es auch in Deutschland ein Publikum für Slow TV gebe.

Davon ist auch Hellum überzeugt. »Es ist nicht so, dass wir Norweger besonders verrückte Fernsehschauer sind«, sagt der. Das Thema der Sendungen müsse allerdings tief in der Kultur des Landes verwurzelt sein, um möglichst viele Menschen zu erreichen. Aus der Themenwahl könnte man schließen, dass die Norweger dem Klischee der holzhackenden Naturburschen entsprechen, die gerne mit Schiffen und Eisenbahnen durch die Gegend reisen. Die Themenwahl von »Mora« legt den Schluss nahe, dass die Deutschen eher Malocher sind.

Doch Schrenker wiegelt ab: »Uns geht es bei 'Mora' nicht etwa darum, schuftende Erwerbstätige am Fließband darzustellen oder umfassend über Berufe zu informieren.« Arbeit solle nicht als Mittel zum Geldverdienen dargestellt werden. Der Fokus liege auf den Details von Arbeitsprozessen und der Hingabe, mit der Menschen Dinge schaffen. Mehr wird bisher nicht verraten.

Von Nora Frerichmann (epd)

KULTUR

Schmerzliches Erinnern

Andachten und Schweigeminuten prägten Jahrestag der Tsunami-Katastrophe

Bangkok (epd). In den Ländern am Indischen Ozean ist am zweiten Weihnachtsfeiertag der Opfer der Tsunami-Katastrophe vor zehn Jahren gedacht worden. In der indonesischen Provinz Aceh erinnerte Vizepräsident Jusuf Kalla an einem Massengrab an die Toten von 2004: »Tausende von ihnen liegen allein über diesem Feld verstreut, damals herrschten Verwirrung, Schock, Trauer, Angst und Leiden«, sagte Kalla in der Provinzhauptstadt Banda Aceh. »Wir werden immer für diese Menschen beten.«

Gleichzeitig würdigte Kalla die Hilfsbereitschaft von indonesischen Freiwilligen und internationalen Helfern. In der Provinz Aceh an der Nordspitze Sumatras kamen Tausende Menschen zu Andachten und Schweigeminuten zusammen.

Die Tsunami-Flutwellen vom 26. Dezember 2004 waren durch ein Beben der Stärke 9,1 vor der indonesischen Insel Sumatra ausgelöst worden. In Indonesien, Thailand, Indien, Sri Lanka und weiteren Staaten kamen bis zu 250.000 Menschen ums Leben. Indonesien war das am schwersten betroffene Land: Allein in der Provinz Aceh starben 170.000 Bewohner.

In Thailand wurde am Freitagabend eine Gedenkveranstaltung der Regierung abgehalten. Zuvor waren am Strand der Touristenhochburg Khao Lak etwa 120 Hinterbliebene und Überlebende aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zum Gedenken zusammengekommen. Begleitet wurden sie unter anderem von der Notfallseelsorge der Evangelischen Kirche im Rheinland und des Deutschen Roten Kreuzes im Rahmen des Projektes »hoffen bis zuletzt«. In Thailand waren durch den Tsunami mindestens 5.400 Menschen ums Leben gekommen. Fast die Hälfte davon waren ausländische Urlauber, darunter mehr als 500 Deutsche.

»Dieser zehnte Jahrestag ist ein besonderer, man spürt eine deutliche Anspannung«, sagte Religionspädagogin Jutta Unruh von der Notfallseelsorge der evangelischen Kirche im Rheinland dem Evangelischen Pressedienst (epd). Den Überlebenden und Hinterbliebenen sei es wichtig, einen gemeinsamen Ort des Erinnerns zu haben, an dem sie zusammenkommen konnten.

Die Folgen der Tsunami-Katastrophe hätten sie ganz unterschiedlich gemeistert: Während die einen erklärten, der Umgang damit sei für sie möglich geworden, hätten andere weiter mit dem Trauma zu kämpfen. Dass bei vielen die seelischen Wunden noch nicht verheilt seien, sei vor allem daran zu spüren, dass sie ein hohes Sicherheitsbedürfnis hätten: »Damit umzugehen, bleibt im Alltag ein Kraftakt.«

Auch Bundespräsident Joachim Gauck hatte zum zweiten Weihnachtsfeiertag an die Opfer des Tsunami erinnert und für die weltweite Hilfsbereitschaft gedankt. »Die Bilder von damals haben ihren Schrecken nicht verloren: die Panik, das Chaos, die Wucht, als die große Welle kam«, schrieb Gauck in einem Grußwort. Wer überlebt habe, trage oft noch immer schwer an den Ereignissen. »Für viele ist der 26. Dezember ein Tag der Furcht vor dem eigenen Trauma«, sagte Gauck.

Zugleich verwies der Bundespräsident auf Augenzeugen, die sich nicht nur an die Angst, sondern auch an die große Hilfsbereitschaft erinnerten: »Sie erzählen von mutigen Menschen, die zu Lebensrettern wurden und die das Wenige teilten, das sie selbst noch besaßen. Einheimische und Touristen fanden sich damals in einer Schicksalsgemeinschaft zusammen, die bis heute spürbar ist.«

Das Pendel schlägt in Lateinamerika weiter nach links

Rio de Janeiro (epd). Südamerika hält an seinen linken Regierungen fest. Die Regionalmacht Brasilien bestätigte im Oktober einen Trend, der auf dem Kontinent seit bald eineinhalb Jahrzehnten vorherrscht. Obwohl die Medien den Eindruck vermittelten, die Stimmung habe sich verändert, und die Konservativen neue Perspektiven versprochen, wurde Präsidentin Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei wiedergewählt.

Das Wahljahr 2014 ging eindeutig an Linke, Sozialdemokraten und Mitte-Links-Bündnisse. Auch in Uruguay setzte sich im November der Kandidat des Linksbündnisses »Breiten Front«, Tabaré Vazquez, durch. In Bolivien konnte der indianische Präsident Evo Morales mit großem Vorsprung ein drittes Mandat erringen. Bereits im Dezember 2013 verhalf Michelle Bachelet in Chile einer

Mitte-Links-Regierung an die Macht, nach einer Legislaturperiode der Konservativen.

Die linksgerichteten Regierungen, die in vielen Ländern im Zuge eines Umschwungs seit der Jahrhundertwende erstmals an die Macht kamen, behaupten sich und werden alle vier Jahre wiedergewählt. Der Rechten, die zuvor unumstritten dominierte, fehlt es offenbar an Rezepten, diese Tendenz umzukehren.

Nach Meinung der chilenischen Politologin Francisca Quiroga hat in Lateinamerika seit der Jahrhundertwende ein Paradigmenwechsel stattgefunden. »Vielen linken Parteien ist es gelungen, den Menschen eine Alternative zum neoliberalen Modell der 90er Jahre zu präsentieren.« Da die soziale Ungleichheit nirgendwo auf der Welt so ausgeprägt sei wie dort, sei »die Politik der Umverteilung und Armutsbekämpfung auf fruchtbaren Boden gefallen«, erläutert die Professorin der Arcis-Universität in Santiago. »Sozialpolitik und wirtschaftliche Stabilität sind bis heute die Erfolgsgarantie dieses Modells.«

Gemeinsamer Nenner der Linksregierungen ist neben der gerechteren Verteilung des Reichtums auch eine nachholende Entwicklung, die eine starke Rolle des Staates und schnelle Ausbeutung der natürlichen Rohstoffe beinhaltet. Doch politisch gibt es große Unterschiede. Venezuela, wo der Linksruck 1998 begann, wie auch die Regierungen von Bolivien und Ecuador setzen auf die sogenannte bolivarianische Revolution, die ein lateinamerikanischer Weg zum Sozialismus darstellen soll. Die Gesellschaft in den drei Ländern ist jedoch zunehmend gespalten. Um das zu verhindern setzen Brasilien, Argentinien, Uruguay und Chile auf sanftere Reformen.

»Mehr Sozialpolitik in Lateinamerika war auch deswegen möglich, weil die Wahlsiege der Linken mit einem langanhaltenden weltweiten Wirtschaftswachstum und rasant steigender Nachfrage nach Rohstoffen einhergingen«,

gibt Filipe Reis Melo zu bedenken. Der Professor für Internationale Politik an der staatlichen Universität von Paraíba im Nordosten Brasiliens geht davon aus, dass es für die linken Regierungen angesichts der derzeitigen Konjunkturschwäche schwieriger werden wird. Schon der knappe Wahlausgang in Brasilien zeige, dass sich »auch die linksgerichteten Regierungen abnutzen und ihre Unterstützung in dem Maß abnimmt, wie sie sich an der Macht etablieren.«

Die Vormacht von Regierungen aus der linken Hälfte des politischen Spektrums spiegelt sich auch in der regionalen Integration wider. Die Union Südamerikanischer Nationen Unasur löste die von den USA dominierte Organisation Amerikanischer Staaten OAS als wichtigstes Forum des Subkontinents ab. Dabei spielt auch das neue Selbstbewusstsein eine Rolle: Die Lateinamerikaner blicken optimistischer in die Zukunft, der wirtschaftliche wie soziale Auftrieb stärkt die Selbstachtung.

Diese Erfolgsgeschichte hängt aber auch mit der Unfähigkeit der traditionellen konservativen Parteien zusammen, eine neue Politik zu entwickeln und zu vermitteln. »Die Rechte verfolgt die gleichen liberalen Dogmen, die die Wähler in den 90er Jahren enttäuscht haben«, analysiert Quiroga. Es fehle an Erneuerung. In linksregierten Ländern müsse sie sich Armutsbekämpfung und Umverteilung beispielsweise über eine fortschrittliche Steuerpolitik zu eigen machen, statt Angst vor sozialistischen Tendenzen und einem Wirtschaftsabschwung zu schüren.

Doch auch die Politiker links der Mitte dürften sich nicht auf ihren Positionen ausruhen. »Wenn Veränderungen und eine effektive Sozialpolitik nicht mehr im Mittelpunkt stehen, wie es 2009 in Chile der Fall war, verliert die linke Option an Attraktivität.« Dann drohten auch ihnen Wahlniederlagen. *Von Andreas Behn (epd)*

Bis zur letzten Landmine

Maputo (epd). Ein Schritt veränderte sein Leben. Lazaro Virniz Rice setzte den Fuß auf, hörte eine Explosion, und ein unbeschreiblicher Schmerz fuhr in seine Beine. Es passierte 1991, als er Soldat in Mosambiks Armee war, 23 Jahre alt, und bei einer Patrouille auf eine Landmine trat.

Die Explosion zerfetzte sein linkes Bein. Seitdem kann er nicht mehr jagen, kicken oder arbeiten, wie Rice mit vorsichtiger Stimme erzählt. Der heute 46-jährige hagere Mann sitzt vor seiner Hütte im Schatten eines Baums im abgelegenen Inland Mosambiks. Nach dem Unfall wurde er entlassen. Bis heute ist er auf die Hilfe seiner Kinder und seiner Frau angewiesen. Das linke Bein seiner grauen Hose ist mit einer Sicherheitsnadel nach oben gesteckt.

1991 stand der Bürgerkrieg in Mosambik kurz vor dem Ende. Über Jahrzehnte waren überall im Land Minen verteilt worden. Die linksgerichtete Regierung nutzte sie, um Eisenbahnbrücken und Wasserdämme gegen Sabotage zu schützen. Die rechten Rebellen legten die Sprengkörper aus, um Gegnern den Weg abzuschneiden. 1992 wurden die Kämpfe eingestellt - doch die tödliche Gefahr im Boden blieb.

Damals war Mosambik eines der Länder mit den meisten Minen im Boden. Nach Ende des Bürgerkriegs startete die Regierung ein umfassendes Minenräumprogramm. Zwei Jahrzehnte später ist das Ziel erreicht: Mosambik wird Ende 2014 offiziell für landminenfrei erklärt. 34,4 Millionen Quadratmeter Minenfelder werden dann geräumt sein.

»Der Erfolg von Mosambik macht Hoffnung, dass auch andere Länder ihr Minen-Problem lösen können«, sagt Amelie Chayer, Forscherin der Internationalen Kampagne für das Verbot von Landminen (ICBL). »Früher bekamen wir zu hören, dass es sicher Hunderte Jahre dauern würde, um eine Welt ohne Landminen zu erreichen.« Der relativ schnelle Fortschritt in Mosambik und anderen Ländern wie Albanien und dem Kongo widerspreche aber dieser Prognose. Die Staatengemeinschaft hat sich vor kurzem das Jahr 2025 als Ziel gesetzt.

In Mosambik wird nach den allerletzten Landminen gesucht. Nicht weit von Rices Dorf entfernt arbeitet ein Team der Organisation »Handicap International« mit Maschinen, Minenräumern und Hunden im Gestrüpp unter einer Stromleitung. Die Masten wurden gegen Sabotage vermint. Heute würden die Menschen der Region, die rund drei Autostunden von der Stadt Beira liegt, das Feld gerne für die Landwirtschaft nutzen.



Minensuche in Mosambik

epd-Bild / Benjamin Dürr

Zunächst schneiden schwere Räumfahrzeuge Bäume und Gebüsch. Erst dann kommen die Minenräumer und die Hunde. Der Trainer steht am Rand des markierten Feldes und deutet dem Hund mit dem Arm an, wo er suchen soll. Eingesetzt werden vor allem Deutsche Schäferhunde, die ausgebildet wurden, Sprengstoff im Boden aufzuspüren. Sobald der Hund etwas findet, setzt er sich und bleibt reglos auf der Stelle - das ist das vereinbarte Zeichen.

»Ein Hund hat einen Zehntausend Mal besseren Geruchssinn als ein Mensch«, sagt Alan Johnson, der für »Handicap International« die Minenräumung in Mosambik leitet. Zudem seien die Tiere rund 30 Mal schneller als ein Mensch. Der Hund stromert durch das Feld, zwischen den kniehohen Grasbüscheln durch. Ein menschlicher Minen-Räumer müsste erst vorsichtig das Gras weiter zurückschneiden und mehrere Male mit einem Metalldektektor über die Stelle vor seinen Füßen streifen.

Für ein Feld so groß wie ein halber Fußballplatz braucht der Hund nur 20 Minuten, pro Tag kann er rund 3.000 bis 4.000 Quadratmeter prüfen. Ein Mensch schafft pro Tag nur rund 20 Quadratmeter. Die Arbeit unter der afrikanischen Sonne ist schwer, mit Bleiweste und Helm, der die Sicht einschränkt. Regelmäßig müssen die Minenräumer und ihre Hunde Pausen machen, der Einsatz erfordert höchste Konzentration.

Rund 20 Strommasten fehlen noch. Wenn es nicht mehr regnet, könnten sie bis zum Jahresende entmint sein. Johnson, der bereits als Minen-Räumer im Irak gearbeitet hat, will erst gehen, wenn die letzte Landmine entschärft ist. »Nicht weit von hier haben wir entlang einer Straße ein riesiges Minenfeld geräumt«, erzählt er. »Wenn man heute vorbeifährt, sieht man Mais wachsen und Menschen, für die ihr Land wieder zugänglich ist - das ist fantastisch.«

Von Benjamin Dürr (epd)

»Afghanistan-Einsatz hat Lage der Frauen nicht verbessert«

Medica Mondiale zieht kritische Bilanz nach 13 Jahren Isaf-Mission

ENTWICKLUNG

Köln (epd). Die internationale Gemeinschaft hat es mit ihrem Afghanistan-Einsatz nach Ansicht der Frauenrechtlerin Monika Hauser nicht geschafft, die Lage der Frauen am Hindukusch zu verbessern. Der jahrelange Krieg habe zu einer zunehmenden Brutalisierung der afghanischen Männer geführt, sagte die Gründerin der Frauenrechtsorganisation Medica Mondiale dem Evangelischen Pressedienst (epd). Das ließen die Männer vielfach an ihren Familien aus. Schutz und Hilfe bekämen Frauen vom Staat aber kaum.

Ende des Jahres endet die Nato-geführte Isaf-Mission nach 13 Jahren. Im Rahmen der Nachfolgemission »Resolute Support« bleiben aber rund 12.000 ausländische Soldaten im Land, unter anderem aus den USA und Deutschland.

Hauser kritisierte, dass es der internationalen Gemeinschaft nicht gelungen sei, für mehr Sicherheit in Afghanistan zu sorgen. »Man hätte viel mehr Wert auf Entwicklungszusammenarbeit legen müssen und auf den Aufbau von Regierungsstrukturen.« Es gebe aber bis heute keine funktionierenden Strukturen in den Ministerien oder bei der Polizei. Besonders Frauen könnten von der oft korrupten Polizei keinen Schutz erwarten, beklagte Hauser. »Man geht nicht zur Polizei, um eine Vergewaltigung anzuzeigen, weil man weiß, dass man dort erneut vergewaltigt würde.«

Hauser sprach sich unter anderem für mehr weibliche Polizeimitarbeiterinnen aus. Aktuell seien nur etwa fünf

Prozent Frauen. Häufig verbieten Familien ihren Töchtern die Ausbildung bei den Sicherheitskräften nach Hausers Worten aber gerade wegen der dort herrschenden Brutalität. Die Medica-Mondiale-Geschäftsführerin forderte zudem ein besseres Training der Polizisten. Viele seien Analphabeten, hätten nie etwas über Menschenrechte gelernt und bekämen ihren Sold nicht ausgezahlt, weshalb sie mit den Taliban kooperierten.

Von der Staatengemeinschaft forderte Hauser auch nach dem Abzug der Kampftruppen weitere Unterstützung für Afghanistan. Besonders die demokratischen Kräfte und Menschenrechtler müssten gestärkt werden, damit sie das Land nicht verließen, betonte die Frauenrechtlerin. Als positive Beispiele nannte Hauser das Afghan Women's Network, einen Dachverband von über 80 Frauenorganisationen, und die von Medica Mondiale aufgebaute Organisation Medica Afghanistan, die mittlerweile selbstständig von den afghanischen Mitarbeiterinnen geführt werde.

Media Mondiale wurde im Jahr 1993 von der Kölner Gynäkologin Monika Hauser gegründet und hilft seitdem Frauen, die von sexueller Gewalt in Konflikten betroffen sind. Die Organisation unterstützt Partnerorganisationen und Projekte in Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Liberia, der Demokratischen Republik Kongo, Uganda, Burundi und Ruanda.

epd-Gespräch: Jasmin Maxwell

Irak

Amnesty beklagt sexuelle Gewalt gegen Jesidinnen

London (epd). Hunderte jesidische Mädchen und Frauen im Irak sind nach Darstellung von Amnesty International Opfer sexueller Gewalt durch die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) geworden. Sie seien verkauft oder als »Geschenke« an IS-Kämpfer übergeben, zwangsverheiratet, gefoltert und vergewaltigt worden, heißt es in einem am 23. Dezember in London veröffentlichten Bericht zur Lage der religiösen Minderheit. Oft seien Gefangene gezwungen worden, zum Islam zu konvertieren. Amnesty befürchtet, dass sogar Tausende von Frauen betroffen sein könnten. »Viele von denen, die als Sexsklaven gehalten werden, sind Mädchen im Alter von 14 und 15 Jahren oder sogar noch jünger«, sagte die Krisenbeauftragte Donatella Rovera.

Die erlittenen körperlichen und psychischen Qualen seien katastrophal. »Viele von ihnen wurden gefoltert und als Leibeigene behandelt. Selbst diejenigen, die es geschafft haben, zu entkommen, bleiben schwer traumatisiert«, berichtete Rovera, die nach eigenen Angaben mit mehr als 40 geflüchteten Frauen gesprochen hat. Viele hätten Angst um die eigene Ehre oder die der Familie, andere begingen Selbstmord. Amnesty hatte schon mehrfach von »systematischer Jagd auf Andersgläubige und Minderheiten« durch IS-Kämpfer in der Region Sindschar im Nordwesten des Iraks berichtet.

Viele Opfer sexueller Gewalt erhalten laut Amnesty nicht die Hilfe, die sie benötigen. »Die kurdische Regionalregierung, UN und andere Hilfsorganisationen, die medizinische und andere Hilfe leisten, müssen ihre An-

strengungen intensivieren«, forderte Rovera. Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) hatte am 22. Dezember ein Zentrum für im Ausland missbrauchte und vergewaltigte Frauen ins Gespräch gebracht. Das könnte in Deutschland aufgebaut werden, bestätigte eine Sprecherin des Ministeriums dem Evangelischen Pressedienst (epd). Hier könnten beispielsweise weibliche Opfer der Terrormiliz behandelt werden.

Weltbevölkerungen**Zum Jahreswechsel fast 7,3 Milliarden Menschen auf der Erde**

Hannover (epd). Am 1. Januar 2015 werden nach Angaben der Stiftung Weltbevölkerung 7.284.283.000 Menschen auf der Erde leben. Das seien rund 80 Millionen Menschen mehr als ein Jahr zuvor, wie die Stiftung am 23. Dezember in Hannover mitteilte. Der Zuwachs entspreche in etwa der deutschen Bevölkerung. Weltweit würden in jeder Sekunde statistisch betrachtet 2,6 Babys geboren.

Wäre die Welt heute ein Dorf mit hundert Einwohnern, so lebten darin nach Angaben der Stiftung 60 Asiaten, 15 Afrikaner, zehn Europäer, neun Latein- und fünf Nordamerikaner sowie ein Ozeanier. Bis zum Jahr 2050 werde die Zahl der »Dorfbewohner« auf 134 steigen. Die Zahl der Europäer und Asiaten werde sinken, dafür aber die Zahl der Afrikaner um 15 bis 25 Prozent steigen.

Besonders stark wachse die Bevölkerung in den Entwicklungsländern, unter anderem aufgrund ungewollter Schwangerschaften. Jede vierte Frau könne dort nicht verhüten, obwohl sie es gern würde.

Impressum**HERAUSGEBER UND VERLAG:** Ev.

Presseverband Ost e.V., Schiffbauerdamm 40/1109, 10117 Berlin, Tel. 030-28303921, Fax 030-28303912; |

VORSTANDSVORSITZENDER:

Oberlandeskirchenrat Dietrich Bauer (Dresden)

| **LANDESDIENSTREDAKTION:** Dr. Thomas Schiller (Chefredakteur), Jens Büttner (Verantwortlicher Redakteur, v.i.S.v § 55 Abs 2 RVST), Corinna Buschow, Christine Xuân Müller, Markus Geiler, Lukas Philippi, Janine Romey (Assistenz), Schiffbauerdamm 40/1109, 10117 Berlin, berlin@epd.de, www.epd-ost.de, Tel. 030-28303911, Fax 030-28303913 |

BÜRO DRESDEN: Katharina Rögner, Bautzner Straße 22, 01099 Dresden, dresden@epd.de, Tel. 0351-320156-65, Fax 0351-320156-99 |

BÜRO LEIPZIG: Luise Poschmann, Blumenstraße 76, 04155 Leipzig, leipzig@epd.de, Tel. 0341-7114175, Fax 0341-7114176 |

BÜRO MAGDEBURG: Karsten Wiedener, Neustädter Straße 6, 39104 Magdeburg, magdeburg@epd.de, Tel. 0391-5315132, Fax 0391-5315131 |

BÜRO POTSDAM: Yvonne Jennerjahn, Karl-Liebnecht-Straße 135, 14482 Potsdam, potsdam@epd.de, Tel. 0331-7042773, Fax 0331-7042774 |

BÜRO ERFURT: Thomas Bickelhaupt, Augustinerstraße 10, 99084 Erfurt,

erfurt@epd.de, Tel. 0361-57660-248, Fax 0361-57660-95. |

VERANTWORTLICH für die überregionalen Seiten: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik gGmbH, Emil-von-Behring-Straße 3, 60439 Frankfurt am Main, Geschäftsführer Jörg Bollmann, AG Frankfurt, HRB 49081, Ust-ID-Nr. DE 114 235 916, Karsten Frerichs (kommissarisch / verantwortlich i.S.v § 55 Abs. 2 RVST), Tel. 069-58098135, E-Mail: info@epd.de |

JAHRESABONNEMENT: 56,40 €. Erscheint wöchentlich. Der epd Wochenspiegel darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.